

# Der Tabak-Verkäufer

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Der Tabakarbeiter erscheint jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten, Buchhandlungen und Kolportage sowie durch die Expedition zu beziehen. — Preis vierteljährlich 75 Pfg. ohne Bringerlohn per Kreuzband 1.15 Mk.; monatlich 25 Pfg., per Kreuzband 39 Pfg. Vorausbezahlung.

Inserate müssen bis Dienstag früh in unserer Expedition aufgegeben sein. Die 5gespaltene Beitzelle kostet 25 Pfg.; der Betrag ist voraus zu bezahlen. — Arbeitergesuche sind ausschließlich an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Marktstraße 18, II. zu senden.

Nr. 43.

Sonntag, den 22. Oktober.

1905.

Expedition: Leipzig, Tauchaer Strasse 19/21.

**Zur gest. Beachtung!** Berichte und Korrespondenzen für den Tabakarbeiter müssen bis spätestens Montag abend an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Marktstraße 18, II. oder bis Dienstag vormittag an die Redaktion, Leipzig, Südstraße 59 gesandt sein. Alle später eingehenden Sendungen werden zur nächsten Nummer zurückgestellt. Die Redaktion.

## Zur Geschichte der Tabakbesteuerung in Deutschland.

I.

Mit Recht wird in der Nummer des Tabak-Arbeiter vom 15. Oktober d. J. auf die außerordentlich großen Gefahren, die der deutschen Tabakindustrie und damit auch ihren Arbeitern durch die Steuerpläne des Herrn von Stengel drohen, aufmerksam gemacht. Die ganze Unternehmerpresse unseres Berufes betont die großen Gefahren und macht Andeutungen über ganz ungläubliche Erhöhungen der ohnedies bedeutenden Belastung des Tabaks. Wenn man an die „Tabaksteuer mit ganz ungläublichen Sätzen“ denkt, dann muß man auch mit der Möglichkeit rechnen, daß diese Beunruhigung und Schädigung der Tabakindustrie, des Tabakhandels, der Tabakkonumenten und vor allem der Tabakarbeiter vielleicht der letzte Schritt vor der Einführung des Tabakmonopols sein kann. Die Lasten auf den Tabak werden immer größer, die Schwierigkeiten der Industrie und der Arbeiter werden verschärft und damit vielleicht mancher Widerstand gegen die Monopolisierung abgeschwächt. Wenn man weiß, daß die Regierung und noch mehr die bürgerlichen Parteien vor der Einführung direkter Steuern zur Deckung der von Jahr zu Jahr steigenden Militär-, Marine- und Schuldenlasten zurückschrecken, so muß man mit der schärfsten Anspannung der Steuerfahne auf andern Gebieten rechnen. Es ist aber auf diesem Gebiete nicht viel mehr zu tun und deswegen ist zu fürchten, daß man bei der Heranziehung des Tabaks für die Reichsfinanzen bald den letzten Schritt tun wird, indem man zum Tabakmonopol übergehen wird. Vorläufig freilich denkt man nur an die „Tabaksteuer mit ganz ungläublichen Sätzen“. Wie die Tabakbesteuerung künftig gestaltet werden wird, konnten die Vertreter der Tabakindustrie nicht bestimmen feststellen. So daß man mit einer Erörterung der Steuerprojekte vorläufig noch warten muß. Hierüber wird in den nächsten Monaten vieles zu sagen und zu schreiben sein.

Es wird die künftigen Debatten in nützlicher Weise vorbereiten, wenn man sich heute die Geschichte der Tabakbesteuerung und ihre Ergebnisse vor Augen führt, um auf Grund dieser Feststellungen besser die bald bekannt werden- den Steuerpläne der Regierung zu beurteilen und leichter bekämpfen zu können. Es sei vorausgeschickt, daß der Tabak, wie das auch der sächsische Finanzminister Dr. Küger ausführte, ein sehr beliebtes Steuerobjekt ist und daß alle möglichen Formen von Steuerjystemen beim Tabak versucht wurden. Man betont immer, daß der Tabak ein entbehrliches Genußmittel sei, aber man besteuert den Tabak deswegen, weil sein Konsum für Millionen unentbehrlich ist; nicht um den Tabakverbrauch dem Volke abzugewöhnen, besteuert man ihn, sondern weil man weiß, daß er auch künftig nicht allgemein abgewöhnt werden kann. Ein Genußmittel, das seit Jahrhunderten in den Kreis der Volksgewohnheiten fest eingewurzelt ist, kann nicht einfach gestrichen werden. Der moderne Mensch ist ein Tabakkonument und auf die Dauer wird er es auch bleiben. Das will auch die Gesetzgebung, mit dieser Tatsache rechnet sie, sonst hätten ja die Tabaksteuerpläne weder Zweck noch Sinn.

Da der größte Teil des in Deutschland verbrauchten Tabaks aus dem Auslande bezogen werden muß, so ist eine Zweiteilung der Tabakbesteuerung möglich, einerseits an den Grenzen durch Verzollung, andererseits im Inlande durch die Besteuerung des Fabrikats und zwar hier in verschiedenen Formen. Bei der Besteuerung des Tabaks muß aber berücksichtigt werden, daß es auch einen heimischen Tabakbau gibt. Unter den verschiedenen Plänen der Steuerpolitiker ist auch der zu erwähnen, ähnlich wie in England den Tabakbau einfach zu verbieten und die Tabakfabrikation ausschließlich auf ausländisches Kraut hinzuweisen, so daß die Besteuerung ausschließlich an den Grenzen vorgenommen werden könnte, was, von dem nicht besonders ins Gewicht fallenden Schmuggel abgesehen, eine vollkommene Erfassung des Steuerobjektes zur Folge haben würde. Wenn auch das Verbot des Tabakbaues vorerst kaum in Betracht kommt, so unterliegt derselbe doch gegenwärtig schon einer ganzen Reihe von schweren und peinlichen Beschränkungen, die künftig eher gesteigert, als gemildert werden dürften.

Neben der Tabakverzollung und oft stärker als diese wirkend, wird die innere Steuer angewandt. Sowohl bei Zulassung wie beim Verbot heimischen Tabakbaues gibt es verschiedene Systeme, so das von Wertverzollungen, welche wieder kombiniert werden können mit besonderen Spezialsteuern (Lizenzen) auf die Fabrikation und den Verkauf. Diese Steuern dienen neben dem eigentlichen Steuerzwecke auch besonderen Kontrollabsichten.

Neben diesem System, in dem der Zoll ausschließlich oder vornehmlich die Grundlage der Besteuerung bildet, steht ein zweites System, bei dem die innere Steuer allein oder vornehmlich als Grundlage erscheint. Dieses System ist verwirklicht in den Monopolförmern, sowohl im Roh-tabakmonopol, vor allem aber im Rollmonopol, eine Form, auf die wir hier nicht weiter eingehen wollen, weil sie uns zwar für die Zukunft droht, aber näheren Gefahren vorerst ins Auge zu sehen ist. Es sei nur bemerkt, daß das Monopol in der Form des eigenen staatlichen Betriebes und in der Form des Pachtjystems in Erscheinung tritt. Die dritte Gruppe der Tabaksteuerjysteme ist eine eigenartige Verbindung zwischen Zoll und innerer Steuer. Man unterscheidet da zwischen einer Flächensteuer nach der Flächenausdehnung des mit Tabak bepflanzten Bodens, einer verbesserten Flächensteuer durch Abstufung der Steuer nach der Ertragsfähigkeit z. B. gemessen nach den Pachtpreisen, dann eine Pflanzensteuer nach der Zahl der Tabakpflanzen, ferner eine Materialsteuer nach der Erntemenge mit oder ohne Wertabstufungen und sonst auch in verschiedenen Formen, endlich die Fabriksteuer, die nach der Menge des Fabrikats, und zwar nach den Hauptgruppen der Fabrikate bemessen wird. Es kommen da Steuerjäge nach Hauptgattungs- oder Hauptwertgruppen vor. Vielfach wird durch Stempelung der Behälter oder der Umschließung (Banderole) ein Kontrolljystem durchgeführt. Neben dieser Form der Stempelung kommt die sogenannte Fakturrensteuer vor, bei der die tatsächlich bezahlten Preise und Massen mit der Steuer belegt werden.

Die verschiedenen Steuerjysteme verteilen sich auf die Hauptländer folgendermaßen:

1. Zoll mit Anbauverbot: Großbritannien, Ägypten, früher auch Portugal.
2. Zoll ohne Anbauverbot: die Schweiz, Holland, die drei skandinavischen Staaten, Finnland und viele außereuropäischen Gebiete.
3. Roh-tabakmonopol in zentralamerikanischen Staaten, wie Guatemala und Nicaragua.
4. Rollmonopol in Selbstbetrieb: Oesterreich, Ungarn, Bosnien und Herzegowina, Frankreich, Italien, Rumänien, Serbien.
5. Rollmonopol verpachtet mit staatlichem Gewinnanteil: Spanien und die Türkei.
6. Rollmonopol mit reinem Pachtjystem: Portugal.
7. Einfache Flächensteuer: Deutschland bis 1879.
8. Flächensteuer nach dem Pachtwert der Grundstücke in Cuba unter der spanischen Herrschaft.
9. Pflanzensteuer in Honduras und früher auch in Belgien.
10. Materialsteuer in Deutschland und in Belgien.
11. Fabriksteuer mit Banderolljystem in Rußland, Bulgarien, Rumelien.
12. Fabriksteuer mit Gehälterstempeljystem in den Vereinigten Staaten von Amerika, in Kanada, Brasilien und Mexiko.

Diese Zusammenstellung ist freilich schon 11 Jahre alt, sie ist von dem vorstehenden genauen Kenner der Tabakbesteuerung und energischen Bekämpfer gegen die Sucht allzuhoher Besteuerung in Deutschland, Lewinstein, verfaßt, es hat sich seitdem nichts Erhebliches an der Verteilung dieser Steuerjysteme geändert. Es ist selbstverständlich unmöglich, in dem Raume dieses Fachblattes die Geschichte und die Wirkungen dieser verschiedenen Steuerjysteme in den einzelnen Ländern darzulegen. Werden die Steuerpläne der Regierung erfüllt werden, dann wird man sie sehen, nach welchen Mustern die Geheimräte im Reichsschatzamt und im preussischen Finanzministerium gearbeitet haben, und dann wird man kritisch zu prüfen haben, wie die für Deutschlands Tabakindustrie geplanten Steuern in den Ländern, in denen sie schon existieren, gewirkt haben. Wir vertagen dies also auf den geeigneten Zeitpunkt und beschränken uns, rückschauend die Entwicklung der Tabakbesteuerung im Gebiete des deutschen Reiches den Lesern vor Augen zu führen. Dabei ist es selbstverständlich auch nicht möglich, die verschiedenen Steuergesetzgebungen Deutschlands vor Gründung des deutschen Reiches besonders zu verfolgen. Wir müssen uns auf das wichtigste Steuergebiet, auf das des Zollvereins beschränken. Wir werden dabei die früheren Münzjysteme auf die gegenwärtige deutsche Währung umrechnen.

## Die schweizerische Tabak- und Zigarrenindustrie.

Dem jüngst erschienenen Jahresbericht des schweizerischen Handels- und Industrievereins (Schweizerische Handelskammer) über Handel und Industrie in der Schweiz

im Jahre 1904 ist zu entnehmen, daß die Einfuhr von Roh-tabak 74 863 dz (1903: 71 200 dz) [dz = Doppelzentner], im Werte von 7 980 000 Frank (7 848 000 Frank), an Rauch-, Schnupf- und Kautabak 622 dz (595 dz) im Werte von 260 000 Frank (254 000 Frank), an Zigarren und Zigaretten 2050 dz (1863 dz) im Werte von 2 301 000 Frank (2 050 000 Frank) betrug. Die Ausfuhr bezifferte sich an Roh-tabak auf 5537 dz (5772 dz) im Werte von 790 000 Frank (818 000 Frank), an Rauch-, Schnupf- und Kautabak auf 269 dz (183 dz) im Werte von 65 000 Frank (39 000 Frank), an Zigarren und Zigaretten auf 3924 dz (3277 dz) im Werte von 2 657 000 Fr. (2 506 000 Frank). Die Gesamteinfuhr belief sich auf 77 535 dz (73 658 dz) im Werte von 10 541 000 Frank (10 142 000 Frank), die Gesamtausfuhr auf 9730 dz (9232 dz) im Werte von 3 512 000 Frank (3 363 000 Frank). Der Vergleich der Angaben für 1904 mit denen für 1903 zeigt, daß die Einfuhr aller drei Arten im vorigen Jahre gestiegen ist und zwar der Menge wie dem Werte nach, während die Ausfuhr von Roh-tabak zurückgegangen, dagegen die der zwei andern Sorten ebenfalls gestiegen ist. Insgesamt zeigt die Ausfuhr wie die Einfuhr eine weitere Steigerung, wobei bei der einen wie bei der andern der Roh-tabak (Tabakblätter, -Rippen, -Stengel, -Abfälle) den Hauptanteil hat. An der Einfuhr von Roh-tabak partizipiert mit 74 863 dz im Werte von 4 340 000 Frank die nordamerikanische Union, woran sich dann Niederländisch-Indien, Brasilien, Zentralamerika und alle übrigen Importländer anschließen. An der Einfuhr von Zigarren und Zigaretten ist in erster Linie Deutschland mit 695 dz im Werte von 681 000 Frank beteiligt, dann folgen Zentralamerika, Ägypten, Niederlande und alle übrigen Länder. In der schweizerischen Ausfuhr von Roh-tabak steht Deutschland mit 3748 dz im Werte von 542 000 Frank an der Spitze, dann folgen die La Plata-Staaten mit 1066 dz im Werte von 144 000 Frank und sodann die übrigen Länder. An der schweizerischen Ausfuhr von Zigarren und Zigaretten sind zunächst die La Plata-Staaten mit 2106 dz im Werte von 1 047 000 Frank beteiligt, Deutschland erhielt 313 dz im Werte von 227 000 Frank, England 173 dz im Werte von 225 000 Frank, die übrigen Länder bezogen 1332 dz im Werte von 1 158 000 Frank. Deutschland hat also für die schweizerische Tabakindustrie und -Industrie erhebliche Bedeutung. Im übrigen beträgt die schweizerische Gesamteinfuhr an Tabak und Zigarren fast das Dreifache der Gesamtausfuhr.

Ueber den Geschäftsgang der Tabak- und Zigarrenindustrie erfährt man, daß er im Berichtsjahre ein ziemlich befriedigender war; die meisten Fabriken waren gut beschäftigt. Da jedoch die Konkurrenz in diesem Geschäftszweig immer schärfer wird und zudem die meisten Roh-tabaksorten im Preis verhältnismäßig hoch standen, war der Geschäftsgewinn „ein sehr bescheidener“. Nun, diese Jeremiaden sind alt. Auch bei 100 Prozent Gewinn hat noch nie ein Unternehmer der Deffentlichkeit bekanntgegeben, daß er ein glänzendes Geschäft gemacht hat. Man muß jammern und klagen, um die bei langer Arbeitszeit schlecht entlohnerten Arbeiter nicht begehrlieh zu machen und sie zu Forderungen zu ermuntern.

„Arbeitseinstellungen kamen nicht vor. Wohl aber wurden an einem der Tage der Tabakindustrie Begehren gestellt. Es wurde auf diese auch zum Teil eingetreten; in der Hauptsache wurden sie abgewiesen, da das Geschäftsergebnis solchen Anforderungen nicht gewachsen war.“ Wann wird es aber wohl den bescheidenen Anforderungen der Arbeiter gegenüber gewachsen sein, wann wohl die „gute Zeit“ für die Arbeiter kommen wird? Nach der Auffassung der Unternehmer nie, denn sie wollen die Arbeitslöhne immer niedrig halten, aber ihren Profit ins Unermeßliche steigern. Die Arbeiter werden daher eben von sich aus die „gute Zeit“ bestimmen oder erkennen und unter günstigen Umständen ihre Forderungen stellen müssen, wie es ja auch in der Regel geschieht.

Die alles beherrschende Mode verlangt hauptsächlich für die Kopfgigarren immer mehr hellfarbige und fahle Ware. Für feinere Zigarren gegenwärtig gar mausgraue Farbentöne. Dies erschwert die Fabrikation außerordentlich, indem solche Farben auch zu hohen Preisen oft kaum aufzutreiben sind. Auch die mittelstarken und leichteren Bouts (Stümper) werden immer mehr in hellen Farben verlangt. Die gut ausgereiften braunen Tabake werden dieser Modetorheit zuliebe ganz vernachlässigt. Auch in der Rauchtabakfabrikation werden jetzt helle Tabake bevorzugt.

Die Tabakrippen — die fast wertlos geworden waren und teilweise nur noch zum Düngen verwendet wurden — haben im Preis etwas angezogen; sie erfreuten sich im Berichtsjahre lebhafter Nachfrage, bei freilich noch bescheidenen Preisen. Sentuchslauge war gesucht und wurde



gut bezahlt. In Zigarrenabschnitten konnte die Nachfrage kaum befriedigt werden.

Von den verschiedenen Rohstoffarten war der Waadtlandertabak von 1904 qualitativ gering, während quantitativ eine reichliche Mittelernte zu verzeichnen war. Infolge der anhaltenden Trockenheit des Sommers wurde der Tabak dünnblättrig und brannte schlecht. Nur dem wenigen Tabak, der länger im Boden stehen blieb, kamen die später eingetretenen Regenfälle noch zugute. Die Verkaufspreise waren entsprechend niedrig. Die Brasiliatabakernte von 1903 lieferte rund 300 000 Paketen. Sie kann im allgemeinen nicht als gut bezeichnet werden, indem sie sehr viel mittlere und auch geringere Ware enthielt. Die Sabanaernte war in der Qualität nicht gut. Es wurden dann auch Sabanatabake zu sehr niedrigen Preisen angeboten, ohne daß sich starke Kaufkraft zeigte. Domingotabak wurde verhältnismäßig wenig geerntet, von mäßig guter bis ziemlich guter Qualität. Die Ware wurde hoch bezahlt. Savatabak war im ganzen von guter Beschaffenheit. Die Preise waren bedeutend höher als die vorjährigen. Sumatratabak war durchschnittlich mittelgut und erzielte mittelhohe Preise. Nach gutem Rio-Grandtabak war große Nachfrage, so daß sich die Preise hoch stellten. Die Ernte war klein, ergab aber bessere Ware als in den letzten Jahren. Die Kentuckysorten waren leicht und mit heller Ware gut versehen, so daß sie vortreffliches Zigarrenmaterial lieferten; dabei waren die Preise mäßig.

Auch von anderer Seite wird der Geschäftsgang als befriedigend bezeichnet. Die Zigarette fährt fort, sich immer weitere Kreise zu erobern, auch in der deutschen Schweiz, mehr aber noch in der französischen. Immerhin hat auch der Rauchtobak noch seine regelmäßigen Abnehmer, besonders bei den Bauern. Der Verbrauch von Zigarren schweizerischer Form (Bouts) scheint wenigstens in der französischen Schweiz keine weiteren Fortschritte zu machen wegen der wachsenden Beliebtheit der Zigarette. Im allgemeinen werden die teuren Artikel wenig verlangt; die Nachfrage bevorzugt viel mehr die billigeren Sorten.

Ueber die Zahlungsverhältnisse ist nichts Ungünstiges zu melden. Die Rohstoffe zeigten entschieden die Neigung zu Preissteigerungen, besonders die nordamerikanischen, infolge anhaltender Käufe des dortigen Tabaktruffs.

Das Exportgeschäft wird immer schwieriger, da die schweizerischen Fabrikanten Mühe haben, mit den deutschen und holländischen — denen die Zollrückvergütung zugute kommt — zu konkurrieren.

Die letzte Zeit brachte uns zwei Streiks von Tabak- und Zigarettenarbeitern und Arbeiterinnen. Anfang August stellten in der Zigarrenfabrik von Gloor u. Steiner Söhne in Unterkulm (Kanton Aargau) wegen Ablehnung der Forderung nach Lohnerhöhung und infolge der Maßregelung zweier Arbeiterinnen die Arbeit ein. Acht streikende Arbeiterinnen fanden sofort wieder Arbeit in der Genossenschaft-Zigarrenfabrik „Selvetia“ in Menziken (Kanton Aargau). Die Streikenden, ebenfalls meistens Arbeiterinnen, hielten tapfer aus, und die Fabrikanten, die die schlechtesten Löhne in der Zigarrenindustrie der dortigen Gegend zahlten, auch keine Streikbrecher aufstellen konnten, waren genötigt, nach zweimonatigem Streik die bescheidenen Forderungen der Arbeiterinnen zu bewilligen.

Nun sind Ende September in Vevey am Genfer See die Arbeiter der Zigarren- und Zigarettenfabrik „Mekka“ in den Streik getreten, weil die von ihnen geforderte Entlassung des rohen Werkführers Rahmann, der einen Arbeiter schwer mißhandelt hat, verweigert wurde. Die Streikenden produzieren während der Dauer der Arbeitseinstellung auf eigene Rechnung und fordern in der schweizerischen Arbeiterpresse die Arbeiterschaft auf, ihre Produkte zu berücksichtigen. Wäre der Werkführer Rahmann nur etwas einsichtig, so würde er unter den obwaltenden Umständen gehen, denn halten kann er sich doch nicht mehr. Wir wünschen unsern streikenden Kollegen und Kolleginnen den Sieg, damit sie von dem rohen Patron befreit werden.

## Rundschau.

**Das neue Reichssteuerbuckett.** Hierüber schreibt das Berliner Tageblatt: In der hinter uns liegenden Woche hat der Ausschuss des Bundesrats, der die Reichsfinanzreformvorlage des Freiherrn v. Stengel einer Vorprüfung unterziehen soll, vier Tage lang über das Projekt verhandelt. Zu einem endgültigen Beschluß sind die Finanzminister der Einzelstaaten, die diesem Ausschuss angehört, vorderhand noch nicht gekommen. Die Verhandlungen wurden abgebrochen, weil die Bevollmächtigten neue Informationen ihrer Regierungen einholen wollen. Welches unter den Steuerprojekten, die unter dem Sammelnamen der „Reichsfinanzreform“ das deutsche Volk beglücken sollen, zu den Meinungsverschiedenheiten unter den Ausschussmitgliedern geführt hat, läßt sich natürlich nicht sagen. Hier sind höchstens Vermutungen möglich, und wenn man ihnen nachgeben will, so kommen wohl die Bier- und Tabaksteuer als diejenigen Steuerblumen in Betracht, deren Duft den einzelstaatlichen Finanzministern nicht durchweg lieblich dünkt. Um die Stempelsteuer wird man sich kaum lange gestritten haben, und über dasjenige Steuerprojekt, das bisher den meisten Anfechtungen seitens der Einzelstaaten begegnete, die Reichserbschaftsteuer, ist man allem Anschein nach völlig einig. Wenigstens wird das halbhoheitsangeordnete. Bei diesem Projekt war es ja auch in der Hauptsache nur ein prinzipielles, kein spezielles Bedenken, was die Einzelstaaten dagegen auftraten ließ. Das Bedenken nämlich, daß die Einführung der Reichserbschaftsteuer, die natürlich die Aufhebung der einzelstaatlichen Erbschaftsteuer bedeutet, die Bilanzierung des Etats der Einzelstaaten ungünstig beeinflussen und ihre Hoheitsrechte mindern mußte. Es wird sich wohl bestätigen, daß die Köpfe der einzelstaatlichen Finanzminister dadurch unter einen Hut gebracht worden sind, daß man die Einzelstaaten an dem Ertrage dieser Reichssteuer pro rata ihrer Bevölkerungsziffer partizipieren lassen will. Vermutlich sind die Sätze der Reichserbschaftsteuer erheblich höher bemessen als die der einzelstaatlichen Steuern dieser Art. Man hofft vielleicht, auf diese Weise zu erreichen, daß die an die Einzelstaaten fallende Quote des Ertrags aus der Reichserbschaftsteuer sich ungefähr auf der Höhe der bisherigen direkten Erbschaftsteuereinnahme der einzelnen Finanz-

verwaltungen hält. Ist dem so, so bliebe, da die Sätze der Reichserbschaftsteuer mit Rücksicht auf den Reichstag doch nicht bis ins Ungemeinere erhöht werden können, für das Reich nicht viel übrig.

Eine bedeutende Einnahme für das Reich ist aber offenbar auch gar nicht der Zweck der Einführung der Reichserbschaftsteuer. Sie ist nichts als eine Lockspeise für den Reichstag. Die Mehrheit der Volksvertretung ist bekanntlich für die Einführung der Reichserbschaftsteuer, gegen die sich die Regierungen so lange gesperrt haben. Jetzt soll der Reichstag seinen Willen haben, er bekommt die Reichsbesteuerung der Erbschaften. Aber unter einer Bedingung: er muß auch sämtliche andern Steuern genehmigen, die unter der Flagge der Reichsfinanzreform segeln. Tut er das nicht, so wird auch aus der Reichserbschaftsteuer nichts. Die Regierung betrachtet, wie sie mit Nachdruck versichern läßt, die sämtlichen Steuervorlagen, die sie „Reichsfinanzreform“ getauft hat, als ein unteilbares Ganze. Keine Blume darf der Reichstag aus diesem Steuerbuckett ziehen, keiner darf er ein Blütenblatt abzupfen, wenn er die ersuchte Reichserbschaftsteuer haben will. Herr v. Stengel präferiert der Volksvertretung einfach mit Grazie den ganzen Steuerstrauf und flötet: „C'est à prendre ou à laisser! (Annehmen oder ablehnen!) Ein drittes gibt es nicht!“

**Gegen die Arbeitslosigkeit.** Die sozialdemokratische Fraktion des bayrischen Landtags stellt folgenden Antrag: Es sei die Regierung zu eruchen, in Anbetracht der ersatzungsgemäß in jedem Winter verstärkter eintretenden Arbeitslosigkeit unverzüglich für möglichst ausgedehnte Arbeitsgelegenheit zu sorgen.

**Verfürgung der Arbeitszeit — ein Fortschritt für die Industrie.** Im Bericht der heftigen Fabrikinspektoren ist das Gutachten eines Offenbacher Schuhfabrikanten über die Wirkung der auf neun Stunden verkürzten Arbeitszeit wiedergegeben. Die betreffende Firma beschäftigt 75 Arbeiter und der Inhaber berichtete der Fabrikinspektion:

„Die von mir seit etwa drei Jahren eingeführte neunstündige Arbeitszeit bewährt sich vorzüglich. Ich habe damit erreicht, daß die Frühstücks- und Vesperpausen mit dem unvermeidlichen Biertrinken wegfallen. Die Arbeiter sind und bleiben nüchtern, leisten dadurch in 9 Stunden mindestens dasselbe wie in 10 Stunden, was ich durch mehrwöchige Versuche genau feststellte. Der Kraftverbrauch des Motors reduzierte sich infolge der kürzeren Arbeitszeit um 10 Prozent, und im Winter ist eine Stunde Lichtarbeit weniger, zwei Vorteile, die meines Erachtens allein schon die allgemeine Einführung der neunstündigen Arbeitszeit empfehlen.“

Dieser Urteil war durchaus geeignet, die Bestrebungen der Offenbacher Fabrikanten zu unterstützen, aber auch die Fabrikanten scheinen etwas daraus gelernt zu haben. Nachdem kürzlich die Arbeiterschaft eines Betriebes den Neunstundentag forderte, hat der Fabrikantenverband beschlossen, ihn allgemein zur Einführung zu empfehlen. Sechs große Offenbacher Schuhfabriken haben daraufhin sich entschlossen, auf acht Wochen einen Versuch zu machen; der siebente und größte Betrieb, ebenso ein dem Unternehmerverband angehörender Betrieb in Niederrad wird wahrscheinlich folgen. — Bemerkenswert sei noch, daß vor reichlich zwei Monaten eine Offenbacher Seifenfabrik versuchsweise die 8 1/2 stündige Arbeitszeit einführt. Der Versuch bewährte sich so gut, daß zum Neunstundentag übergegangen werden soll. Eine an die Seifenfabrik anstoßende Metallwarenfabrik ist, als der Unternehmer die günstigen Wirkungen sah, wenigstens auf die neunstündige Arbeitszeit herabgegangen.

Trotzdem sich die günstigen Erfahrungen mehren, die für eine Verkürzung der Arbeitszeit sprechen, gibt es in manchen Industriezweigen, voran in der Textil- und Bauindustrie, hornierte Köpfe genug, die von einer halbständigen Verkürzung der Arbeitszeit täglich den Untergang der Industrie voraussagen.

**Der christliche Arbeitererrat in Köln.** Der Rhein. Zeitung wird der folgende Brief der Kölner Lokalbeamten des christlichen Holzarbeiterverbandes an einen Holzarbeiter in Euskirchen überbracht. Das Dokument lautet:

Köln, den 18. Sept. 05.  
Bester Kollege!  
Es wurde mir mitgeteilt, daß Du eventl. geneigt seiest, hier in Köln als Maschinenschreiber in Arbeit zu treten. In verschiedenen Werkstellen werden hier tüchtige Maschinenschreiber gesucht. Der Lohn beträgt 5—5,50 Mark. Am besten ist es, Du wendest Dich an den Arbeitsnachweis unsres Verbandes, Köln, Palmstraße 14, wo Dir sofort Arbeit angewiesen wird. Bekannt wird Dir sein, daß der sozialdemokratische Verband sich hier im Streik befindet. Da aber der Streik ohne unsere Zustimmung infanteriert wurde, haben wir keine Veranlassung, denselben mitzumachen, vielmehr sehen wir denselben als für uns nicht existierend an.

Auf diesbezügliche Antwort wartend, zeichnet mit frdl. Gruß  
Für den christl. Holzarbeiterverband, Zahlstelle Köln,  
Wih. Heimüller,  
Abt. Palmstraße Nr. 14.

Dieser Brief ist von unschätzbarem Werte für die Geschichte des Kölner christlichen Arbeiterberrates. In dem Briefe ist mit nackten Worten urkundlich festgelegt, daß der Kölner Arbeitererrat nur deshalb mitgegangen wurde, weil der Deutsche Holzarbeiterverband mit seinem mehr als anderthalbtausend Stimmen sich nicht dem Willen der 135 christlichen Mitglieder fügte, die gegen den Streik gestimmt haben.

**Vermehrter Schutz für die Eisenbahner.** Im Anschluß an die kürzliche Meldung von der Einführung der neunstündigen Arbeitszeit für die Werkstättenarbeiter der württembergischen Staatseisenbahnen seien noch einige Maßnahmen erwähnt, die von der Generaldirektion nunmehr über die Dienst- und Ruhezeit der württembergischen Eisenbahnbetriebsbeamten erlassen worden sind. Pausen von weniger als 30 Minuten Dauer, die in die Dienstzeit fallen, sollen von nun ab als Dienstzeit gerechnet werden. Die ständig, auch am Sonntag, beschäftigten Beamten, Unterbeamten, Hilfsunterbeamten und Arbeiter im Stations-, Bahnbewachungs-, Lokomotiv- und Zugbegleitungs-Dienst erhalten monatlich drei und bei regelmäßiger Verwendung in vollen Nachtdiensten mit kurzem Wechsel monatlich vier Ruhetage. Dem Lokomotiv- und Zugbegleitungspersonal soll möglichst noch weitere dienstfreie Zeit von längerer Dauer je nach dem Maß der Inanspruchnahme eingeräumt werden. Von jetzt ab dürfen nur noch vier Nachtdienste hintereinander angesetzt werden, bisher durften es 5 bis 7 sein. Diese Bestimmung

gilt auch für das Lokomotiv- und Zugpersonal. Weitere Dienstleistungen sollen folgen, sobald das hierfür benötigte neue Personal herangebildet ist.

**Der Zentralverband deutscher Industrieller beruft, wie verlautet, seinen Ausschuss auf den 3. November nach Berlin zu einer Sitzung, die über die Einführung des zehnstündigen Arbeitstages für weibliche Arbeiter beraten soll. Der Anlaß dazu gibt, wie bürgerliche Blätter mitteilen, der Umstand, daß voraussichtlich nach dem Vorgang der Augsburger Betriebe im Januar 1906 die süddeutschen Baumwollspinner und -weber diese Arbeitszeit einführen und zugleich die Löhne um 10 vom Hundert erhöhen werden, während sie vor drei Jahren gleich den übrigen Mitgliedern des Zentralverbandes Gegner der Herabsetzung waren. Um zu ermitteln, ob die übrigen Industrien des Zentralverbandes, die weibliche Arbeiter beschäftigen, der gleichen Ansicht sind oder bei der vor drei Jahren geäußerten Auffassung beharren, wird die Sitzung anberaumt.**

**Die beglückenden Handelsverträge.** Vor den „Segnungen“ der neuen Zollpolitik flüchten sächsische Industrielle in immer größerer Zahl in das Ausland. Und je näher der Termin des Inkrafttretens rückt, desto zahlreicher werden die auswandernden Kapitalisten, die sich mit ihren industriellen Unternehmungen diesen Segnungen zu entziehen suchen. So wird jetzt aus Annaberg gemeldet, daß von den dortigen Industriellen immer häufiger Filialen nach Böhmen verlegt werden. Gegenwärtig richten zwei Prägeanstalten in Annaberg in Böhmen große Fabriken ein. In Weipert, das dicht an der sächsischen Grenze liegt, errichten sächsische Unternehmer eine große Strumpf- und Trikotagenfabrik.

Die Kapitalisten verstehen es, wie man sieht, sich den neuen Zollplacereien zu entziehen; sie legen ihre Fabriken einfach jenseits der Grenze an. Den Schaden haben davon in erster Linie die Arbeiter, die ihren Verdienst verlieren. Denn die Unternehmer finden in Böhmen billige und willige Arbeitskräfte genug. Sie haben also gar keine Veranlassung, die bisherigen Arbeiter mitzunehmen. Man sieht, es tritt immer deutlicher zutage, welcher Art die Segnungen der Handelsverträge für die inländische Industrie und die Arbeiterschaft sind.

**150 bis 180 Millionen neue Steuern.** Bei seiner Reichsfinanzreform gibt sich Freiherr v. Stengel mit Kleinigkeiten nicht ab. Jetzt gestehen sogar seine eigenen Vorkämpfer zu, daß er nichts mehr und nichts weniger beabsichtigt, als ein Erträgnis von 150 bis 180 Millionen Mark aus seinen vier Steuerentwürfen zu gewinnen. Da kaum anzunehmen ist, daß die Reichserbschaftsteuer große Summen einbringen wird, zumal da ja an die Einzelstaaten die Beträge zurückgezahlt werden sollen, die sie jetzt aus den Landeserbschaftsteuern beziehen, da ferner bei der Quittungssteuer, die das Reichsschatzamt vorschlägt, auch nicht gerade allzuviel zu holen sein wird, so ergibt sich daraus, in welsch großem Umfang Bier und Tabak bluten sollen.

**Kapitalistischer Kindermord.** Durch einen Teil der bürgerlichen Presse geht folgende Notiz:

In den sächsischen Industriebezirken, namentlich in Chemnitz und Umgegend, Werdau, Crimmitschau usw., herrscht bekanntlich eine erschreckende Säuglingssterblichkeit. Es ist daran nicht zu zweifeln, daß diese zwar eng mit den gedrückten sozialen Verhältnissen zusammenhängt, daß aber auch das geringe Verständnis mancher Mütter zur Erziehung der Kindersterblichkeit beiträgt. Um wenigstens der Unwissenheit nach Möglichkeit zu begegnen, hat jetzt der Stadtrat in Delitzsch im Vogtlande — wo unter den Toten eines Jahres sich etwa 40 Prozent Kinder im ersten Lebensjahre befinden — beschlossen, durch die Hebammen an die Mütter eine belehrende Schrift über Kinderpflege kostenfrei verteilen zu lassen, auch sollen von ärztlicher Seite dort öffentliche Vorträge über Kinderpflege gehalten werden. Das Vorgehen verdient Nachahmung, wenn es auch den Mischständen natürlich nur zum Teil beikommen kann.

Wo die Ursachen der erschreckend hohen Kindersterblichkeit zu suchen sind, kann nicht zweifelhaft sein. Sie macht sich am schlimmsten bemerkbar in Orten, wo die Textilindustrie herrscht und wo die Frauen mehr als in anderen Orten Tag für Tag an die Maschine gefesselt sind. Die Kinder sind unter solchen Umständen sich selbst oder fremden Händen überlassen, die ihre Fürsorge nach der Höhe des Ziehgeldes bemessen. Dazu kommt noch, daß der Verdienst der Textilarbeiter und -Arbeiterinnen sehr gering ist. Das Weberelend ist also zweifellos als Ursache der hohen Kindersterblichkeit in den erwähnten Orten anzusehen. Belehrungen werden da wenig helfen. Es gilt vielmehr das Uebel an der Wurzel zu fassen. Besserer Lohn, kurze Arbeitszeit — dadurch allein kann dem Uebel gesteuert werden. Wie aber auf solche Ziele gerichtete Bestrebungen von den Unternehmern und den herrschenden Mächten bekämpft werden, hat die Weberaussperrung in Crimmitschau ja hinlänglich gezeigt.

## Ein Wort zur Gau-Einteilung.

Die diesjährige Generalversammlung hat mit ihrem Beschluß, Gauleiter an Stelle der Vorortskommissionen einzusetzen, einen guten Schritt vorwärts getan; hoffen wir, daß er dem Verband zum Segen gereicht. Soweit kann man sich mit dem Beschluß der Generalversammlung einverstanden erklären, anders aber ist es mit der Gau-einteilung, hier müssen noch Änderungen vorgenommen werden, wenn eine zweckmäßige Agitation betrieben werden soll. Ich halte es daher für nötig, darauf hinzuweisen, bevor dies neue System in Kraft tritt. Gau 4, wo ein erheblicher großer Teil Heimarbeiter, besonders in der Leipziger Umgebung in Frage kommt, muß geändert werden; die Orte, wo Heimarbeiter von Leipzig sind, müssen diesem Gau zugeteilt werden. Ich denke an die Orte Delitzsch, Eilenburg, Schkeuditz, Zeitz, Dessau, Altenburg, Eisenberg.

Am zweckmäßigsten würde es sein, man teile diesen Gau und mache einen mehr, es würde genügend zu tun geben für zwei Gauleiter. Vielleicht ginge die Teilung so einzurichten, daß die Orte Bauhen, Bishofsberda, Brettnig, Deuben, Dresden, Erdmannsdorf, Freiberg, Großenhain, Groß-Schönau, Johanngeorgenstadt, Gänichen, Kreitzsch, Meißner, Pirna, Radeberg, Seiffenersdorf, die Orte, die in Schlesien usw. liegen, zu einem Gau, während alle übrigen Orte Sachsens mit den oben genannten Orten zu einem andern Gau gemacht würden. Würde es einmal Fragen zu erledigen geben, die die Leipziger Hausindustrie betreffen, so kämen nach der jetzigen Einteilung drei Gaue in Frage, und wer die



dortigen Verhältnisse kennt, der weiß, daß nichts ganzes dabei herauskommt, wenn alles so zerrissen ist. Kollege Gartmann, Delitzsch, hat schon auf der Generalversammlung darauf hingewiesen, daß diese Einteilung nicht so bleiben kann; ich hoffe, daß diese paar Zeilen den Vorstand veranlassen werden, Änderungen vorzunehmen.

Wernigerode a. S. Gustav Lehmann.

## Erwiderung.

Kollege Gräbener hat es für gut befunden, die Frankfurter Kollegen auf der Generalversammlung der Sonderbündel zu beschuldigen, indem er uns vorwarf, wir hätten uns abgeplittert und hätten die Arbeiten der Vorortskommission Offenbach durchkreuzt.

Zu dem ersten Vorwurf muß ich nun mitteilen, daß wir niemals etwas getan, was einer Abplittierung gleich käme; wenn wir die Vorortskommission Frankfurt wieder ins Leben gerufen haben, so geschah dies deshalb, weil dies unser Recht war und weil wir dazu aufgefordert wurden. Die Notwendigkeit einer solchen Maßregel sahen wir ein, da von dem ehemaligen Bezirk Frankfurt nur Frankfurt und Höchst zu Offenbach gehörten, während Gießen, Wiesbaden, Biebrich, Mainz, Kreuznach, Neuwied und Trier zu keiner Vorortskommission gehörten, deshalb in diesem von der Tabakindustrie dicht besetzten Gebiet gar nichts getan wurde.

Nun zum zweiten Vorwurf. Kollege Gräbener würde den Beweis für diese Behauptung nicht erbringen können, indem gerade das Gegenteil wahr ist. Wir beschieden jede Konferenz, zu der wir eingeladen sind, weil wir auf dem Standpunkt stehen, daß Vorortskommissionen gelegentlich gemeinsam arbeiten müssen; zugleich wollen wir aber auch Erfahrungen sammeln, um sie bei der Agitation verwenden zu können.

Die Frankfurter Kollegen weisen daher mit aller Entschiedenheit die vom Kollegen Gräbener erhobenen Vorwürfe zurück.

S. A.: L. M. u. h., Frankfurt a. M.

## Literarisches.

Der Wahre Jakob hat soeben die 21. Nummer seines 22. Jahrgangs erscheinen lassen. Aus dem Inhalt derselben erwähnen wir die beiden farbigen Bilder vom guten Nachbar und Deutsche Hochkulturen, sowie die weiteren Illustrationen Die Profitrau, Aus der Zeit der Fleischnot, Der Segen der Kolonialpolitik, Die Heimkehr aus der Mandschurei, Die Sonnenfinsternis in Deutschland, Ein berühmter Zeitgenosse und Der Friede in Russland. Der textliche Teil enthält die Gedichte Jena, Das Lied von der Kompottschüssel, Die machende Begehrlichkeit und außer zahlreichen kleineren Beiträgen noch die Novelle Der Brief von Hans Khan, sowie eine Schilderung der Meuterei auf dem russischen Panzerschiff Fürst Potemkin, welcher ein interessantes Bild des Rebellenführers Matuschenko beigegeben ist. Der Preis der 12 Seiten starken Nummer ist 10 Pf.

## Briefkasten.

H. Schornbeck. Hat denn D. den Brief nicht erhalten? Bei diesem ist doch zuerst nachzuzufahren. Gruß!  
G. Fürstenwalde. Inserat ist an den Vorstand geschickt worden. Arbeitsaufträge müssen nur dahin gerichtet werden.

## Vereinstell.

### Zentral-Kranken- und Sterbefälle der Tabakarbeiter Deutschlands.

Geschäftslokal: Hamburg-Altenhof, Mozartstr. 5, I.  
Auswahl: D. Sidow, Brandenburg a. S., Kurze Straße 3.  
Schiedsgericht: Th. Jungbluth, Hamburg, Anselmannstr. 10.

Eingegangen: Neues 150 Mt., Barmbeck 200 Mt., Reilingen 100 Mt., Neuluthheim 200 Mt., Hildesheim 40 Mt. — Sterbefälle: Braunschweig 28.90 Mt., Ansbach 9.45 Mt., Neuluthheim 78.99 Mt., Hildesheim 11.58 Mt.

Zusätzlich: Hastedt 100 Mt., Halle a. S. 75 Mt. — Krankengeld: 62 Mt.  
Hamburg, den 16. Oktober 1905. S. Otto.

## Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Karl Reichmann, Vorsitzender, Bremen, Marktstr. 18, II.

Für den Vorstand bestimmte Zuschriften sind an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Marktstraße 18, II., zu adressieren.

Geld-, Einschreibe- u. Versendungen nur an W. Niederwelling, Bremen, Marktstraße 18, II.

Für den Ausschuss bestimmte Zuschriften sind an Adolf Heising, Altona-Ottensen, Lagerstraße 13d (Haus I) part., zu adressieren.

Altona-Ottensen. Am 11. Oktober tagte eine kombinierte Mitgliederversammlung sämtlicher Zweigstellen unseres Verbandes des Hamburg-Altonaer Städte-Komplexes, in welcher folgende Kollegen als Ausschussmitglieder gewählt wurden:

Jan Wittrock, Hamburg, Vereinsstr. 83, part.  
Willi Kahle, Altona, Wilhelmstr. 114, part.  
Emil Eilken, Altona-Ottensen, Kl. Lagerstr. 11a, part.  
Karl Böttcher, Altona-Ottensen, I. Boornstr. 59, I.  
Karl Petersen, Wandsbeck, Langereihe 59.  
Karl Wäcker, Hamburg-Altenhof, Mozartstr. 14, III, bei Adam.  
S. A.: Adolf Heising, Vorsitzender, Altona-Ottensen, Lagerstr. 13d, Haus I.

## Bekanntmachung.

Das Mitglied Joh. Fahrenk aus Utrecht, Buch Ser. I, 24009 (aufgen. 27. 7. 01), hat 7 Tage à 70 Pf. = 4.90 Mt. Arbeitslosenunterstützung zuviel erhalten und zwar in den Orten Soest und Rheda je 1 Tag, Herford 2 Tage und Bünde 3 Tage.

Da die Leipziger Generalversammlung den Beschluß erneuert hat, auch diesmal das Protokoll gegen 10 Pf. abzugeben, so werden die Bevollmächtigten ersucht, schon jetzt die Anzahl der gewünschten Exemplare anzugeben. Nur diejenigen, welche bestellen, können berücksichtigt werden.

Bremen. Der Vorstand.

## Vom Vorstande sind ernannt:

Für Borgloh b. Osnabrück: G. Gehring als 1. Bev.; Heinr. Niemann, Anst. Landwehr als Kontrollleure.  
Für Bredstedt: Herm. Mergig als 3. Bev.; Hille, Schmerbig, Kleinfeld als Kontrollleure.  
Für Daffow: C. Frische als 1. Bev., R. Arndt als 2. Bev., M. Salomon als 3. Bev.; J. Nieritag, C. Peterjen als Kontrollleure.

Für Driesen: Fritz Konradt als 2. Bev.  
Für Emmerich: J. G. Deubel als 3. Bev.  
Für Goslar a. S.: Joh. Rohe als 1. Bev.  
Für Halberstadt: Ernst Noack als 3. Bev.  
Für Idehausen: Karl Schulte als 2. Bev.  
Für König i. Hessen: Wilh. Schäfer als 1. Bev., Adam Trumppfeller als 2. Bev., Joh. G. Bohländer als 3. Bev.; Martin Trumppfeller, Jakob Eckhardt als Kontrollleure.  
Für Kölschenbroda: Max Illig als 1. Bev., Andreas Widertsheim als 2. Bev.; Ernst Schuster, Berta Kügler als Kontrollleure.  
Für Mühlstein: Herm. Jakob als 3. Bev.; Moriz Franken, Otto Bod als Kontrollleure.  
Für Neudorf i. Anhalt: Albert Mansfeldt als 1. Bev., Paul Nicola als 3. Bev.; Otto Michaelis, Otto Baumgarten, Anna Eggert als Kontrollleure.  
Für Rellingen: Aug. Borchers als 1. Bev.; Ernst Rohwedder als Kontrollleure.  
Für Ronneburg: Oskar Moosdorf, Erbsstr. 21, als 1. Bev. — Alle Zuschriften sind an denselben zu richten.  
Für Saluppen (Lippe): Ferd. Strate als 1. Bev., Theodor Pant als 2. Bev., Simon Strunk als 3. Bev.; Kopsieder, Bolho als Kontrollleure.  
Für Sommerfeld: Rich. Weiß als 1. Bev.

Vom 3. bis 17. Oktober 1905 sind folgende Gelder bei mir eingegangen:

A. Verbandsbeiträge:	
Nr.	Mt.
29. September. Johann-georgenstadt . . . . .	100.—
30. Bernburg . . . . .	130.—
30. Finsterwalde . . . . .	400.—
30. Neubamm . . . . .	90.—
30. Neumünster . . . . .	85.—
30. Hedemünden . . . . .	24.50
2. Oktober. Schwepingen	300.—
2. Ansbach i. Bayern . . . . .	200.—
3. Neufalz . . . . .	60.—
2. Klein-Steinheim . . . . .	185.—
2. Borgstedt . . . . .	49.—
2. Seiffenriedsdorf . . . . .	130.—
2. Mühlstein . . . . .	100.—
2. Sulingen . . . . .	40.—
2. Dresden, S. Racuraw . . . . .	30.—
3. Neuluthheim . . . . .	77.—
3. Stöteritz . . . . .	70.—
3. Liebshaus . . . . .	170.—
3. Sonneborn (Lippe) . . . . .	20.17
4. Halberstadt, C. Spindler . . . . .	20.—
4. Hastedt, W. Kühl . . . . .	50.—
4. Peterswaldau, A. Kunze . . . . .	74.—
4. Bielefeld, R. Klaasen . . . . .	150.—
4. Altm., A. Käfer . . . . .	100.—
4. Schlenzig . . . . .	40.—
4. Kaiserslautern . . . . .	120.—
5. Salza . . . . .	300.—
5. Wandsbeck . . . . .	70.—
5. Leimen . . . . .	80.—
5. Schwölln . . . . .	120.—
5. Neumarkt . . . . .	100.—
6. St. Jgen . . . . .	50.—
6. Erdmannsdorf i. S. . . . .	65.—
7. Lauffen . . . . .	15.23
7. Neustadt (Oberschl.) . . . . .	50.—
7. Ladenburg . . . . .	70.—
8. Nordhausen . . . . .	200.—
8. Bredstedt . . . . .	70.—
8. Waagen . . . . .	300.—
9. Schweidnitz . . . . .	30.—
9. Froburg . . . . .	70.—
9. Goslar . . . . .	200.—
9. Naunhof . . . . .	58.48
9. Bovennd . . . . .	30.—
10. Ottenjen . . . . .	400.—
10. Klein-Neuheim . . . . .	211.86
10. Groß-Neuheim . . . . .	180.—
11. Dürrmenz . . . . .	30.—
11. Wernigerode . . . . .	80.—
11. Züterbog . . . . .	300.—
11. Wajungen . . . . .	100.—
11. Bblig . . . . .	200.—
12. Lübeck . . . . .	342.66
12. Essen a. Ruhr . . . . .	15.—
13. Bremen . . . . .	600.—
13. Daffow . . . . .	100.—
13. Klein-Wehungen . . . . .	50.—
13. Raschhausen . . . . .	104.10
14. Schwerin a. Warthe . . . . .	40.—
15. Striegau . . . . .	120.—
15. Liegnitz . . . . .	150.—
16. Sonnenitz . . . . .	30.—
16. Fode . . . . .	28.11
16. Krefeld . . . . .	40.—
16. Lützen . . . . .	80.—
16. Naunhof, R. R. . . . .	5.—
16. Kolberg . . . . .	90.—
16. Ottenjen . . . . .	800.—
16. Verben . . . . .	400.—

B. Freiwillige Beiträge:	
Nr.	Mt.
29. September. Goldberg, P. Laßmann . . . . .	7.—
30. Bernburg, G. Hade . . . . .	3.—
30. Birnbaum, W. Walter . . . . .	4.60
30. Hedemünden, F. Stichtenoth . . . . .	3.05
1. Oktober. Liebshaus, A. Krause . . . . .	7.35
2. Frankenberg i. S., von den Mitgliedern der Genossenschafts-Filiale, durch M. Friedrich . . . . .	100.—
9. Froburg, H. Krause . . . . .	4.70
10. Hamburg, W. Gorges . . . . .	49.15
10. Borgstedt, J. Rothmann . . . . .	1.—
11. Wolfenbüttel, P. Weste . . . . .	4.—

Der Beschluß der Generalversammlung, die freiwilligen Gelder zwecks gleichmäßiger Verteilung an den Kassierer nach Bremen zu senden, sei hiermit den Kollegen in Erinnerung gebracht.  
Etwasige Reklamationen wolle man innerhalb 14 Tagen bei dem Unterzeichneten einbringen.  
Ersuche die Herren Abnehmer, auf dem Coupon die Bemerkung zu machen, ob es Verbandsbeiträge oder freiwillige Beiträge sind.  
Bremen, den 17. Oktober 1905. W. Niederwelling, Kassierer, Marktstraße 18, II.

## Provisorisch aufgenommen sind:

Hermann Bahwald aus Jastrow (s. R.). (171)  
Otto Jungwart. (?)  
Julius Greve. (306)  
Emilie Klawe geb. Winter. (101)  
Jakob Ehrhardt, Joh. Kroh, Joh. Gg. Bohländer, Will. Schimpf II., W. Schäfer, Ad. Trumppfeller, Martin Trumppfeller aus König, Georg Wolf aus Lauterbach. (?)  
Martha Drosdo aus Zeitz, Hulba Frische. (379)  
Joseph Houben aus Bracht, Joh. Löhr aus Adenau, Heinrich Lindau, Frau Marie Löber aus Köln (sämtl. s. R.). (63)  
Pauline Schieweg, Ida Müller, Berta Kunze, Emma Keller, Emma Morbeck, Anna Schwarz aus Ohlau, Martha Zelai aus Baumgarten (Kr. Ohlau), Auguste Gohla aus Ottwitz (Kr. Bresslau), Karoline Braun aus Reinersdorf (Kr. Kreuzburg), Emma Gabriel aus Jakobiene (Kr. Ohlau), Pauline Bugdalle aus Groß-Dupine (Kr. Ohlau), Anna Rutisch aus Wansien, Anna Brodel aus Raschwitz (Kr. Ohlau), Wilh. Grophert aus Ohlau (s. R.). (248)  
Anna Köhler aus Ladenburg, Simon Behold und Adam Mäule aus Redarhausen. (241)  
Ernst van Stodum aus Rhenen (Holland), Wilhelm Verhuven aus Rees (s. R.). (20)  
Frida Viertel aus Frankenberg, Elsa Joffit aus Stollberg, Henriette Händel geb. Pape aus Döbeln, Selma Jarosch geb. Hellmann aus Niederlichtenau, Marie Luise Eibner geb. Lehmann aus Rochlitz, Theodor Albin Schulze aus Dresden, Richard Roscher aus Niederwürschnitz, Ernst Striegeler aus Altenburg. (54)  
Matthilde Wendt aus Brenzlau. (272)  
Richard Brandenburg aus Ludenwalde. (166)  
Heinrich Thormeier aus Neuhaldensleben (s. R.), Julius Schaub aus Bormholz (Kr. Hattungen). (362)  
Wilh. Schlüter aus Halle i. Westf., Philippine Reinschagen, Wilh. Euerbrock, Heinrich Kemmert, sämtlich aus Süblengern (s. R.). (180)  
Rosa Neubert aus Schedewitz b. Zwickau. (381)  
Bruno Köhlich, Arthur Heize, Hermann Heine aus Sommerfeld, Joseph Glagel aus Langendorf (Kr. Reiffe). (321)  
Hugo Langner aus ?, Herm. Lenz, Wilh. George aus Dahme (b. s. R.). (68)  
Herm. Lübbe aus Stettin. (243)  
Heinr. Wiffen aus Goch, Heinr. Weber aus Orson, Peter Math. Diebels aus Nymegen. (258)  
Friedr. Emil Steinhardt aus Greifenhain b. Froburg, Fritz Schumann aus Stargard. (174)  
Friedr. Liebert, Marie Zintel geb. Wiemide aus Münden, Friederike Lhon aus Nordhausen. (216)  
Marie Duwel aus Kappeltn. (287)  
Joh. Jungbluth aus Nifum (s. R.), Paul Seidel aus Jauer, Marie Seidel aus Striegau. (302)  
Karl Schütte aus Derlinghausen. (255)  
Selma Stübler aus Oberspaar b. Meißen. (185)  
Aug. Wedemeier aus Sondersheim. (36)

Karl Bickrin aus Gernrode, Bernh. Robbin aus Wilsen a. S. (s. R.). (138)  
Karl Wedemeyer aus Igehoe. (439)  
Philipp Orth aus Eckenföben, Martha Ewig aus Leisnig, Magdalena Will und Margarete Kütt aus Nimpar, Babetta Baierlein aus Versbach. (377)  
Gustav Schay aus Herberg a. S. (163)

Etwasige Einwendungen gegen die provisorisch aufgenommenen wolle man innerhalb 14 Tagen nach erfolgter Bekanntmachung bei dem Unterzeichneten einbringen.

Bremen. Der Vorstand.

## Arbeitslosenunterstützung wird ausgezahlt:

In Goslar: Bei Joh. Rohe, Bäckerstr. 86. Von 7—8 Uhr abends.  
In Havel: An Wochentagen von 7 Uhr morgens bis 7 Uhr abends. An Sonn- und Festtagen von 12—1 Uhr mittags.  
In Ranth i. Schl. (Bez. Breslau): Bei Aug. Köhn, Breslauer Str. 72. An Wochentagen von 12—1 Uhr mittags und 7—8 1/2 Uhr abends. An Sonn- und Festtagen von 11—1 Uhr mittags.  
In Kölschenbroda: Durch M. Illig, Hauptstr. 52. An Wochentagen von 12—1 Uhr mittags und 7—8 Uhr abends. An Sonn- und Festtagen von 11—1 Uhr mittags.  
In Neudorf i. S.: Bei Paul Hahn, Hainstraße 52c. An Wochentagen von 7—8 Uhr abends. An Sonn- und Festtagen von 11—1 Uhr mittags.  
In Neudorf (Anhalt): Bei Alb. Mansfeld, Leopoldstr. 1. An Wochentagen von 12—1 Uhr mittags und 7—8 Uhr abends. An Sonn- und Festtagen von 12—2 Uhr mittags.  
In Potsdam: Durch den 3. Bev. Paul Ebel, Schackstr. 37. Von 6—7 Uhr abends.

## Adressenänderung:

Für Driesen: Alle Zuschriften richte man an Fritz Konradt, Wassergrasse 10.  
Für Goslar a. S.: Alle Zuschriften richte man an Joh. Rohe, Bäckerstr. 86.  
Für Ranth (Bez. Breslau) — so nennt sich die frühere Zahlstelle Fürstenau — Der 1. Bev. Wilh. Elßner (Scholz' Zigarrenfabrik) und der 2. Bev. Aug. Köhn wohnt Breslauer Str. 72.  
Für Havel: Der 1. Bev. Karl Steinicke wohnt Gentelstr. 6, S. II.  
Für Kölschenbroda: Der 1. Bev. Max Illig wohnt Hauptstraße 52.  
Für Mühlstein: Der 1. Bev. M. Zimmermann wohnt Schloßhäuser 115.  
Für Neudorf i. S.: Der 1. Bev. Ernst Frank wohnt Hainstr. 52d. An diesen richte man Zuschriften.  
Für Potsdam: Der 2. Bev. Willi Kiesel wohnt jetzt in Steinhöf b. Potsdam, Große Beerenstr. 94.  
Für Rathenow: Der 1. Bev. Ernst Lorenz wohnt Dörflinger Straße 12.  
Für Rinteln (Bez. Minden): Der 1. Bev. Fr. Droste wohnt Sentor bei Kroll 533.  
Für Sommerfeld: Alle Zuschriften richte man an Rich. Weiß, Bahnhofstr. 2.  
Für Weiskensfeld: H. Koch wohnt Lutherstr. 6, III.

## Mitgliederversammlungen.

(Mitglieder, beacht Euer Versammlungen zahlreich!)  
In Düsseldorf: Sonnabend, den 21. Oktober, abends Punkt 8 1/2 Uhr, im Gemerkchaftshaus, Bergerstr. 8. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.  
S. A.: Der Bevollmächtigte.  
In Breslau: Sonntag, den 22. Oktober, nachmittags 4 Uhr, im Gemerkchaftshaus (Zimmer Nr. 2). Tagesordnung: 1. Bericht-erstattung von der Generalversammlung. 2. Quartalsabrechnung. 3. Verschiedenes. — Das Erscheinen aller Mitglieder ist dringend erwünscht.  
S. A.: Der Bevollmächtigte.  
In Jastrow: Sonntag, den 22. Oktober, nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn E. Schmeling, Töpferstraße. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 3. Quartal. 2. Berichterstattung des Delegierten von der Generalversammlung in Leipzig. 3. Verschiedenes. — Pünktliches und zahlreiches Erscheinen aller Mitglieder ist dringend erwünscht.  
S. A.: Der Bevollmächtigte.  
In Rehme: Sonntag, den 22. Oktober, vormittags 10 Uhr, im Vereinslokale Köpfe. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 3. Quartal. 2. Wahl von Delegierten zum Gemerkchaftsstell. 3. Verschiedenes.  
S. A.: Der Bevollmächtigte.  
In Kaiserslautern: Montag, den 23. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn C. Schild, Jäger 14.  
S. A.: Der Bevollmächtigte.  
In Hann.-Münden: Montag, den 23. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, bei Herrn Klücker (Berliner Hof). Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. — Das Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.  
S. A.: Der Bevollmächtigte.  
In Peterswaldau: Montag, den 23. Oktober, nachmittags 4 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Buchmann. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 3. Quartal und Wahl des in Vorschlag zu bringenden 1. Bevollmächtigten und eines Kontrollleure. 2. Bericht von der Generalversammlung. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes. — Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ist notwendig.  
S. A.: Der Bevollmächtigte.  
In Speier a. Rh.: Montag, den 23. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, bei Kollegen H. Karjes (Kleiner Storchenteller). Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 3. Quartal. 2. Bericht des Delegierten von der Generalversammlung in Leipzig. 3. Kartellbericht. 4. Verschiedenes. — Die Mitglieder werden in ihrem eigenen Interesse ersucht, vollständig und pünktlich erscheinen zu wollen.  
S. A.: Der Bevollmächtigte.  
In Langenbielau: Sonnabend, den 28. Oktober, abends 8 Uhr, im Gasthof zum goldenen Hufeisen. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 3. Quartal. 2. Berichterstattung von der Generalversammlung. 3. Verschiedenes.  
S. A.: Der Bevollmächtigte.  
In Leipzig: Sonnabend, den 28. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, im Volkshaus. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 3. Quartal. 2. Berichterstattung von der Generalversammlung. 3. Neuwahl der Vorortskommission. 4. Vertikale Verbandsangelegenheiten.  
S. A.: Der Bevollmächtigte.  
In Magdeburg: Sonnabend, den 28. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, bei Brautisch. Tagesordnung: 1. Abrechnung. 2. Wahl der in Vorschlag zu bringenden Bevollmächtigten und Kontrollleure und Wahl eines Kartelldelegierten. 3. Wie stellen wir uns zu einer Enquete? 4. Einsetzung einer Kommission zur Bekämpfung der Tabaksteuer. 5. Verschiedenes. — Erscheinen aller ist der wichtigen Tagesordnung halber, Pflicht.  
S. A.: Der Bevollmächtigte.  
In Ober-Ottendorf: Sonnabend, den 28. Oktober, abends 8 Uhr, im Gasthaus zur Wacht am Rhein. Tagesordnung: 1. Abrechnung. 2. Verschiedenes. — Die Mitglieder werden gebeten, pünktlich und zahlreich zu erscheinen.  
S. A.: Der Bevollmächtigte.  
In Wölzig: Sonnabend, den 28. Oktober, abends 8 Uhr, in der Brauerei. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 3. Quartal. 2. Berichterstattung von der Generalversammlung. 3. Verschiedenes.  
S. A.: Der Bevollmächtigte.  
In Oerlinghausen: Sonntag, den 29. Oktober, nachmittags 4 Uhr, im Lokal des Herrn Karl Blomemann. Tagesordnung: 1. Abrechnung. 2. Berichterstattung von der Generalversammlung. 3. Verschiedenes.  
S. A.: Der Bevollmächtigte.

Dürrmenz-Mühlader. Die Mitglieder, welche mit ihren Beiträgen in Rückstände sind, werden ersucht, dieselben in Ordnung zu bringen, damit die Abrechnung fertiggestellt werden kann.  
S. A.: Der Bevollmächtigte.

Goslar. Arbeitsuchende, welche gedenken, hier in Arbeit zu treten, mögen sich im eigenen Interesse zunächst an den Bevollmächtigten wenden.  
S. A.: Der Bevollmächtigte.

Zeit. Das Verkehrslokal befindet sich in der Schützenstraße in Kämpfers Restaurant.  
S. A.: Der Bevollmächtigte.







## Die Streiks im Jahre 1904.

I.

Von einem „Ruhebedürfnis der Gewerkschaften“, von dem in den letzten Monaten so viel gesprochen worden ist, lassen die Ergebnisse der Streikstatistik für das Jahr 1904 absolut nichts verspüren. Es sind von den gewerkschaftlichen Zentralverbänden im letzten Jahre Kämpfe mit dem Unternehmertum in einem Umfang und unter materiellen Opfern geführt worden, wie nie zuvor. Es ist auch keinerlei Aussicht vorhanden, daß diese Kämpfe in den nächsten Jahren geringer an Zahl und weniger umfangreich werden. Nicht ein Auslösen mit den gegenwärtigen Zuständen, nicht ein Hand-in-Hand-Gehen mit dem Unternehmertum macht sich bei den Gewerkschaften bemerkbar, sondern es scheinen sich die Gegensätze immer mehr zuzuspitzen. Immer zahlreicher werden die Kämpfe, die von den vereinigten Großindustriellen heraufbeschworen werden, um die Widerstandskraft der organisierten Arbeiter zu brechen, und unermüdlich scheint ein gewaltiger Zusammenstoß des organisierten Unternehmertums und der organisierten Arbeiterkraft. Die Gewerkschaften sind sich bewußt, in welcher Situation sie sich befinden. Sie weichen den gegenwärtigen Kämpfen nicht aus und werden auch den ihnen bevorstehenden weit gewaltigeren Kämpfen nicht ausweichen. Was sie wünschen, ist, daß ihnen die nötige Ruhe, nicht von dem Unternehmertum, sondern von den eigenen Massengenossen gelassen wird, sich für diese großen Kämpfe vorzubereiten. Sie wünschen, daß nicht durch überflüssige Diskussionen über Generalstreik und politischen Massenstreik Meinungsverschiedenheiten in den Gewerkschaften entstehen, im Streit der Meinungen die Einigkeit irgendwie gestört und dabei die nötige Arbeit zur Vorbereitung für die zu erwartenden schweren Kämpfe verabsäumt wird. Wer da will, daß die Gewerkschaften die nötige Kraft erhalten, um auch dem schwersten Kampfe mit Zuversicht entgegengehen zu können, wird ihr Bedürfnis nach Ruhe vor theoretischen Erörterungen, die nicht das geringste beitragen, die Kampfbereitschaft zu erhöhen, wohl verstehen.

Die Gewerkschaften führen ihre Kämpfe nicht um sich zu üben, sondern um ihren Zweck zu erreichen. Die Kämpfe jedoch, die sie in den letzten fünf Jahren zu führen hatten, dürften ihnen Kampfesübung in so ausreichendem Maße gebracht haben und die weiter zu erwartenden Kämpfe werden diese Übung so erhöhen, daß sie im gegebenen Moment wohl ihren Platz ausfüllen werden. Nicht die Diskussion darüber, was später kommen wird und was in einer gegebenen Situation zu tun ist, macht die Arbeiterschaft kampfbereit, sondern die Erziehung zur Opferfreudigkeit, zum Selbstbewußtsein und zur Selbstachtung, sowie die Disziplinierung für den Kampf. Die zahlreichen Arbeitseinstellungen und Aussperrungen des letzten Jahres werden, dessen sind wir sicher, nicht wenig zu dieser Erziehung der Arbeiterklasse beigetragen haben.

Es waren im Jahre 1904 insgesamt 1625 Streiks und Aussperrungen mit 135 957 Beteiligten zu verzeichnen. Von den Beteiligten waren 5048 Arbeiterinnen. Rechnen wir hierzu die 184 206 an Lohnbewegungen Beteiligten, die nicht die Arbeit einstellen, so ergibt sich, daß im letzten Jahre 320 163 Arbeiter und Arbeiterinnen um eine Verbesserung der Lebenshaltung oder gegen eine Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen kämpften.

Die Streiks und Aussperrungen erforderten eine Ausgabe von 5 551 314 Mk. Es waren erfolgreich 578 (55,7 Proz.), teilweise erfolgreich 317 (20,1 Proz.) und erfolglos 349 (22,1 Proz.) der Streiks und Aussperrungen. Für 128 700 der Streikenden und Aussperrten konnte der Verlust an Arbeitszeit und an Arbeitsverdienst festgestellt werden. Es hatten Verlust an Arbeitszeit die männlichen Beteiligten von insgesamt 1 965 313 und die weiblichen Beteiligten von 154 841 Arbeitstagen. Verlust an Arbeitsverdienst hatten die 128 700 Beteiligten 7 825 369 Mk.

In welchem Maße die wirtschaftlichen Kämpfe an Zahl und Umfang gewachsen sind, zeigt ein Vergleich der Ziffern für 1904 mit denen früherer Jahre. In dem Jahrzehnt von 1890 bis 1899 waren insgesamt 3772 Streiks und Aussperrungen mit 425 142 Beteiligten festgestellt, und wurden für diese Kämpfe insgesamt 11 402 758 Mk. verausgabt. Im letzten Jahrzehnt, von 1900—1904 fanden statt 5347 Streiks und Aussperrungen mit 477 496 Beteiligten. Verausgabt wurden dafür 18 321 720 Mk., während 1904 allein 1625 Streiks und Aussperrungen mit 135 957 Beteiligten stattfanden und 5 1/2 Millionen Mark verausgabt wurden.

In den 15 Jahren von 1890 bis 1904 führte die Arbeiterkraft Deutschlands insgesamt 9119 wirtschaftliche Kämpfe mit 902 638 Beteiligten und 29 724 478 Mk. Ausgabe. Von diesen Kämpfen waren 4199 (47,9 Proz.) erfolgreich, 1932 (22,1 Proz.) teilweise erfolgreich und 2851 (27,0 Proz.) erfolglos.

Von den 1625 Streiks und Aussperrungen des Jahres 1904 entfallen auf die einzelnen Industriezweige:

Baugewerbe:				
Streiks	Beteiligte	Ausgabe	Erfolgreiche Streiks	
		Mark	Zahl	Proz.
Bauarbeiter*	23	6 168	275 348	9 39,1
Dachbeder*	10	107	2 936	5 50,0
Glafer*	14	799	20 087	8 57,1
Maler*	25	5 833	129 420	11 44,0
Maurer*	334	22 392	733 231	163 48,8
Steinarbeiter*	25	1 034	18 806	15 60,0
Steinleger*	24	2 152	105 837	14 58,3
Stuckateure*	10	1 094	13 758	7 70,0
Töpfer*	8	294	9 221	5 62,5
Zimmerer*	115	4 753	225 531	81 70,4
Nicht beendet	7	88	5 203	1 —
Aussperrungen	49	16 677	485 494	16 32,7
	644	61 391	2 074 872	335 51,8
Metallindustrie und Schiffbau:				
Graveure*	2	111	5 014	1 50,0
Kupfer Schmiede*	3	75	1 771	1 33,3
Maschinen*	2	—	2 344	— —
Metallarbeiter*	160	10 338	231 976	96 60,0
Schiffszimmerer*	4	31	1 438	3 75,0
Schmiede*	15	838	28 376	8 58,3
Werkstarbeiter*	—	80	2 470	— —
Nicht beendet	11	1 205	176 230	7 20,6
Aussperrungen	34	7 120	743 240	116 50,2
	231	19 798	1 192 859	116 50,2
Holzindustrie:				
Bilbhauer*	31	646	30 851	16 51,6
Böttcher*	12	251	24 798	3 25,0
Holzarbeiter*	335	12 839	460 760	243 72,5
Lapezierer*	11	557	7 284	10 90,9
Bergarbeiter*	6	697	54 585	3 50,0
Nicht beendet	9	2 324	179 287	— —
Aussperrungen	15	5 178	507 814	7 46,6
	419	22 492	1 265 379	282 67,3

### Graphische Gewerbe und Papierindustrie:

Streiks	Beteiligte	Ausgabe	Erfolgreiche Streiks	
		Mark	Zahl	Proz.
Buchbinder	18	2 298	93 237	6 33,3
Buchdrucker	3	89	—	1 33,3
Buchdr.-Hilfsarb.	7	110	2 225	2 28,6
Formstichter	1	8	265	— —
Lithographen	6	130	10 562	4 66,6
	35	2 635	106 289	13 34,8

### Nahrungs- und Genussmittelindustrie:

Streiks	Beteiligte	Ausgabe	Erfolgreiche Streiks	
		Mark	Zahl	Proz.
Bäcker	14	4 477	40 784	8 57,1
Brauer*	26	1 327	164 061	16 61,5
Konditoren	3	470	9 299	— —
Müller	4	150	18 854	2 50,0
Tabakarbeiter*	20	800	9 490	10 50,0
Zigarrensortierer*	3	29	524	2 66,6
Nicht beendet	5	385	50 382	— —
	75	7 638	292 894	38 50,6

### Bekleidungsindustrie:

Streiks	Beteiligte	Ausgabe	Erfolgreiche Streiks	
		Mark	Zahl	Proz.
Blumenarbeiter	1	7	424	— —
Handschuhmacher	1	10	191	1 100,0
Hutmacher	4	35	1 346	3 75,0
Kürschner*	7	276	9 007	3 42,8
Schneider*	11	830	21 120	8 72,7
Schuhmacher	33	2 015	39 286	12 36,3
Nicht beendet	2	115	2 221	— —
Aussperrungen	1	23	176	1 100,0
	60	3 301	73 771	28 46,6

### Sonstige Gewerbe:

Streiks	Beteiligte	Ausgabe	Erfolgreiche Streiks	
		Mark	Zahl	Proz.
Barbiere	1	12	—	— —
Bergarbeiter*	5	3 475	5 182	4 80,0
Fabrikarbeiter*	47	5 385	68 687	20 42,5
Glasarbeiter*	5	344	58 442	3 60,0
Hafenarbeiter	2	529	68 450	1 50,0
Handels-Transport-Arbeiter*	46	3 555	94 856	17 37,0
Leberarbeiter	10	88	1 728	6 60,0
Porzellanarbeiter*	7	376	94 174	2 28,6
Sattler*	8	111	3 518	4 50,0
Seeleute	1	165	2 025	1 100,0
Textilarbeiter*	12	651	8 806	7 58,3
Nicht beendet	4	1 607	10 559	— —
Aussperrungen	13	2 404	133 923	1 7,7
	161	18 702	545 250	66 41,0

Die Anmerkung (\*) bei den einzelnen Organisationen in dieser Tabelle besagt, daß die Organisation bei einer größeren Anzahl Streiks beteiligt war, als hier angegeben. Es kommt häufig vor, daß mehrere Organisationen an einem Streik oder an einer Aussperrung beteiligt sind und wird in solchen Fällen der Streik oder die Aussperrung nur einmal und zwar bei der Organisation gezählt, welche entweder im Vordergrund der Bewegung stand oder die meisten Beteiligten dabei hatte. Der Verband der Bauarbeiter z. B. war im letzten Jahre außer an den 23 Streiks, die er allein führte, noch an 32 Streiks der Maurer mit seinen Mitgliedern beteiligt, sowie an 12 Aussperrungen im Baugewerbe. Diese Streiks und Aussperrungen sind in der Statistik nur einmal und zwar bei dem Verband der Maurer gezählt, während die Zahl der beteiligten Bauarbeiter selbstverständlich bei dem Verband der Bauarbeiter eingerechnet sind. Diese Zählmethode ist notwendig, weil andernfalls die Zahl der Streiks durch Doppelzählung bedeutend erhöht würde, während doch jeder Konflikt, an dem mehrere Organisationen beteiligt sind, nur einmal in der Statistik gezählt werden darf. Für das Jahr 1904 sind in 117 Fällen bei Streiks und in 20 Fällen bei Aussperrungen die Doppelzählungen ausgeschlossen. Dadurch ergibt sich dann aber, daß die Zahl der Streiks bei einzelnen Organisationen nicht mit der übereinstimmt, die in der Statistik des betreffenden Verbands veröffentlicht worden ist.

Die größte Zahl der Arbeitskonflikte war im Baugewerbe zu verzeichnen, dann folgte die Holzindustrie. Es waren:

Streiks u. Aussp.	Beteiligte	Ausgabe	Erfolgreiche Streiks	
		Mark	Zahl	Proz.
im Baugewerbe	644	61 391	2 074 872	335 51,8
in der Holzindustrie	419	22 492	1 265 379	282 67,3
" " Metallindust.	231	19 798	1 192 859	116 50,2
" " Nahrungs- u. Genussm.-I.	75	7 638	292 894	38 50,6
" " Bekleid.-Ind.	60	3 301	73 771	28 46,6
im graphischen Gew.	35	2 635	106 289	13 34,8
in sonstigen Gewerb.	161	18 702	545 250	66 41,0
	1625	135 957	5 551 314	335 51,8

Im Jahre 1903 waren Streiks und Aussperrungen: im Baugewerbe 504 mit 43 603 Beteiligten, in der Holzindustrie 247 mit 7587 Beteiligten, in der Metallindustrie 199 mit 32 799 Beteiligten, in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie 53 mit 1333 Beteiligten, in der Bekleidungsindustrie 71 mit 11 880 Beteiligten und im graphischen Gewerbe 52 mit 978 Beteiligten. In der Metall- und in der Bekleidungsindustrie ist die Zahl der Beteiligten im Jahre 1904 wesentlich geringer gewesen als im Jahre 1903, während im Baugewerbe und in der Holzindustrie ein enormes Steigen der Beteiligungsziffer zu verzeichnen ist.

## Gewerkschaftliches.

### An die Tabakarbeiter Deutschlands.

In Hinkunft bei Christianstadt in Schweden sind von der Südschwedischen Zigarrenfabrik (Aktiengesellschaft) sämtliche Arbeiter ausgesperrt wegen Zugehörigkeit zur Organisation. Der Kampf gilt also dem Koalitionsrecht. Wie verlaute, beabsichtigt der Meister obiger Firma Arbeiter aus Westfalen zum Streikbruch heranzuziehen. Vor Zuzug wird daher dringend gewarnt.

Um Abdruck vorstehender Zeilen wird die gesamte Arbeiterpresse gebeten.

Der Vorstand des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes.

Driefen. Der Zuzug nach Driefen ist wieder frei.

Bad Salzbrunn. Ueber die Firma Urban ist die Sperre verhängt, weil die Arbeiter dort schlecht behandelt und auch die bundesrätlichen Bestimmungen nicht innegehalten werden.

100 000 Frauen sind zurzeit von ca. 3 1/2 Millionen beschäftigter Arbeiterinnen organisiert. Das ist ein äußerst geringer Teil und es wird vieler Mühe bedürfen, die Zahl der Organisierten um ein Bedeutendes zu erhöhen.

Die Reaktion an der Arbeit. Das Gewerbegericht in Bevey hat am Donnerstag vergangener Woche acht Arbeiter der Zigarettenfabrik Rinsoz u. Komp. in Bevey verurteilt, dem Geschäftse Entschädigungen von 30—135 Fr. zu zahlen wegen Verlassens der Arbeit ohne vorherige vorchriftsmäßige Kündigung. Der Sachverhalt ist nach den Verhandlungen folgender:

Am Freitag, den 29. September, morgens 9 Uhr, rief der Werkführer R., welcher Zigaretten verpackte, den Prinzipal zu sich, um zu konstatieren, daß der Arbeiter S. zu harte Zigaretten geliefert habe. Der Arbeiter erkannte die Reklamation als begründet und versprach, seine Arbeit künftig besser zu machen. Der Prinzipal ging; der Arbeiter erlaubte sich, zum Werkführer, der sofort den Prinzipal gerufen hatte, zu sagen: „Warten Sie nur!“ Auf diese Worte hin wurde der Werkführer wütend und fing an zu schreien: „Was, Sie wollen mir Angst machen? R. (ein anderer Arbeiter) hat mir schon Angst machen wollen!“ Im selben Augenblick ergriff er einen Holzblock und schleuderte ihn gegen R., ohne denselben zu treffen; dann ergriff er einen zirkel ein Kilo schweren Stein und warf denselben ebenfalls, ohne jedoch jemand zu treffen. Wütend darüber, daß er niemand getroffen hatte, sprang er auf R. zu, schlug ihn mehrere Male an den Kopf und warf ihn zu Boden, ohne aufhören zu schlagen, bis ein anderer Arbeiter den R. aus den Händen des Wütenden befreit hatte. Auf diese Gewalttaten hin erschien der Prinzipal und hief den Werkführer ins Bureau kommen. Die Auseinandersetzungen, die sich dort zwischen Prinzipal und Werkführer vollzogen, entziehen sich meiner Beobachtung. Kurze Zeit darauf erschien der Werkführer wieder im Atelier und fing von neuem an, die Arbeiter zu beschimpfen und alle Arten Drohungen auszustößen, wie: „Ich mache euch hin, das kostet Menschenleben usw.“

Die Arbeiter beratschlagten sich über die Mittagszeit außerhalb der Fabrik und beschloßen einstimmig, vom Geschäftse die Entlassung des Werkführers zu fordern, widrigenfalls sie die Arbeit nicht wieder aufnehmen würden. Die Arbeiter teilten diesen Entscheid den Prinzipalen mit, ihn damit motivierend, daß sie nicht Gefahr laufen wollten, vom Werkführer totgeschlagen zu werden.

Die Prinzipale forderten die Arbeiter auf, sofort die Arbeit wieder aufzunehmen, andernfalls sie dieselben gerichtlich belangen und Entschädigung fordern würden. Die Arbeiter hielten ihre Forderung, die Entlassung des Werkführers, aufrecht, worauf sie von den Prinzipalen beim Gewerbegericht wegen Kontraktbruchs verklagt wurden.

Im Einigungsverfahren wurde keine Verständigung erzielt; in der Gerichtsitzung vom Donnerstag voriger Woche, in welcher die Kläger nicht erschienen, wurden die Arbeiter verurteilt wegen Verlassens der Arbeit ohne Kündigung zu folgenden Entschädigungen an die Firma: R., welcher geschlagen worden war, zu 110 Fr., S. zu 135 Fr., C. zu 100 Fr., B. zu 95 Fr., N. zu 50 Fr., V. zu 110 Fr., E. zu 110 Fr., und Jrl. B. zu 30 Fr., außerdem alle solidarisich zu den Kosten im Betrage von 1 Fr. 75.

Die Herren Rinsoz, welche nicht erschienen waren, wurden zu 3 Fr. Geldbuße verurteilt.

Dies das Urteil in seiner ganzen Radtheit.

Es ist sofort Appellation eingereicht worden.

### Die Gewerkschaft der französischen Postunterbeamten.

Zu zweitägiger Schlacht standen sich auf dem Kongreß der französischen Postangestellten die Verfechter der Gewerkschaftsidee und die Anhänger des alten Verbandes (Unterstützungsvereinigung) gegenüber. Der Präsident des Verbandes wendet sich gegen die Gründung eines Syndikates, er ruft die Provinzler auf, gegen die Pariser, die hauptsächlich die Träger des gewerkschaftlichen Gedankens sind. Ihm schließen sich eine Anzahl anderer Vorstandsmitglieder an; es kommt häufig zu sehr erregten Debatten. Am Ende des zweiten Tages kommt es zur Abstimmung. Es liegen drei Resolutionen vor; die eine, von Masseron-Ville gestellt, die die Notwendigkeit einer Umformung des alten Verbandes in eine Gewerkschaft anerkennt, jedoch eine Sinauschiebung der Entscheidung wünscht. Masseron möchte die Spaltung verhüten und so schlägt er vor, der Vorstand möge beauftragt werden, die Frage nochmals einer Beratung zu unterziehen. Die vom Verbandsvorstand unterbreitete Tagesordnung fordert die Verbeibaltung des status quo; die dritte Resolution, eingebracht von den Gruppen des Seine-Departements, verlangt die sofortige Umwandlung des Unterstützungsverbandes in eine Gewerkschaft. Die Abstimmung ergibt folgendes Resultat: Für die Tagesordnung des Vorstandes stimmen 444, dagegen 189. Für die Gewerkschaft erklären sich alle Pariser Vertreter, ausgenommen die zweier Bezirke, ferner die Vertreter des Nordens, starke Minoritäten von Marseille und Lyon und sämtliche Gruppen von Saint Etienne. Die Delegierten, welche sich für die Gewerkschaften erklärt hatten, verließen hierauf den Kongreß, um in einem anderen Lokale weiter zu tagen, wo sofort die Gründung einer Kampforganisation vollzogen wurde.

Damit ist leider eine Spaltung innerhalb der französischen Postangestellten eingetreten. Der dritte Tag des Kongresses jedoch brachte einige Ueberraschungen, es gab nämlich einer der hervorragenden Führer des alten Vorstandes eine Erklärung ab, die zu der Hoffnung berechtigt, daß auch der verbleibende Teil der alten Verbandsglieder bald in die Gewerkschaft übertreten werde; eines der alten Mitglieder legte sein Amt nieder, um sofort der Gewerkschaft beizutreten.

## Berichte.

Adim. Versammlung des Tabakarbeiterverbandes, Zahlstelle Adim. Die Tagesordnung war: 1. Abrechnung vom 3. Quartal; 2. Berichterstattung von der Generalversammlung; 3. Stellungnahme zur Gründung eines Kartells; 4. Verschiedenes. Die Abrechnung wurde verlesen und für richtig erkannt. Der Mitgliederstand beziffert sich auf 198. Kollege R. Käfer gab einen eingehenden Bericht über die Verhandlungen der Generalversammlung; eine Resolution, in der sich die Versammlung mit



den Beschlüssen der Generalversammlung einverstanden erklärt und nach dieser Richtung mit aller Macht für den Verband zu wirken verspricht, fand Annahme. Kollege Reiners stellte den Antrag, dem Kartell, welches in nächster Zeit gegründet werden soll, beizutreten, welcher einstimmig angenommen wurde. Ferner wurde beschlossen, am Sonnabend, 21. Oktober, abends 8 Uhr, eine öffentliche Tabakarbeiter- und Arbeiterinnenversammlung einzuberufen mit der Tagesordnung: Die Tabaksteuer kommt! In der Versammlung soll beraten und beschlossen werden, welche Schritte eingeleitet sind, sobald die Regierung mit dem Steuerprojekt auf der Bildfläche erscheint.

**Friedland i. M.** In einem früheren Bericht besprach ich schon einmal die Verhältnisse der Friedländer Zigarrenarbeiter; ich schilderte, daß Löhne von 5,50 Mark mit Witzel hier noch bestehen, wohingegen die Ernährungsverhältnisse ins Ungemessene gestiegen sind. Aber trotzdem können sich die Friedländer Kollegen nicht dazu verstehen, sich dem Verband anzuschließen; an ihnen ist die großartig aufblühende Arbeiterbewegung unfreiwillig spurlos vorübergegangen. Maurer und Zimmerer haben höhere Löhne errungen und die andern Organisationen sind daran, dasselbe zu tun, nur die Tabakarbeiter glauben mit dem traurigen Lohn zufrieden sein zu müssen, und zwar deshalb, weil ihnen die Fabrikanten erklären, sie könnten nicht mehr bezahlen. Diesem Grundsatz huldigt vornehmlich die Firma Walbau, welche neben ungenügender Zurichtung, schlechten Logis- und Fabrikverhältnissen die beste Arbeit verlangt. Augenblicklich hat die Firma keinen Arbeiter, weil bei besagten Zuständen keiner dauernd bestehen kann; da nun Herr Walbau dringend Arbeiter braucht, lasse sich niemand nach hier locken, wie dies im vorigen Jahre der Fall gewesen ist, es wurden in einem Inserat im Tabakarbeiter 8 Mark bei freier Zurichtung versprochen, bezahlt wurden in Wirklichkeit nur 6 Mark; bei den übrigen Fabriken liegen die Verhältnisse nicht viel besser. Kollegen Friedlands, schließt Euch der Organisation an, dann werden wir den uns bedrohenden Gefahren entgegenzutreten können und bessere Verhältnisse schaffen.

**Gera.** Am 15. Oktober fand in Zippels Lokal eine Mitgliederversammlung der hiesigen Zahlstelle statt. Die Tagesordnung lautete: 1. Abrechnung vom 3. Quartal; 2. Bericht von der Generalversammlung. Den ersten Punkt erledigte der zweite Bevollmächtigte durch Verlesung der Abrechnung; er erläuterte die Einnahmen und Ausgaben in leicht verständlicher Weise. Die Nettoeinnahme betrug 546,20 Mark. Unter den Ausgaben befanden sich u. a. für Maßregelung 42 Mark, Arbeitslosenunterstützung 10,50 Mark, Umzug 18 Mark, Krankenunterstützung an 8 Mitglieder für 240 Tage 157,05 Mark, davon erhielten drei männliche Mitglieder für 60 Tage 34,20 Mark und fünf weibliche für 180 Tage 122,85 Mark. An den Vorstand wurden gesandt 200 Mark usw. Nachdem vom Revisor die Abrechnung bestätigt worden, wurde dem Kassierer Decharge erteilt. Den Bericht von der Generalversammlung erstattete der Delegierte Kollege Gustav Rißing in ca. 1½ stündiger Rede und führte den Mitgliedern vor Augen, aus welchen Gründen die Generalversammlung die Beiträge um 5 Pfg. erhöht und die Krankenunterstützung ermäßigt habe. An der Diskussion beteiligten sich die Kollegen Joseph und Hartmann; ersterer führte u. a. aus, daß die Tabakarbeiter den Mut nicht verlieren sollten, denn was in Berlin bei den Metallarbeitern und in Gera bei den Webern möglich wäre, ist bei den Tabakfabrikanten nicht unmöglich, das habe Dresden bewiesen. Die Zigarettenfabrikanten überbieten sich gegenseitig durch Kellame und Prozente; aber gegen die Arbeiter gingen sie Arm in Arm. Auch gegen die bevorstehende Tabaksteuer kann nur eine gute Organisation wirksam eintreten. Folgende Resolution wurde mit Majorität angenommen: „Die heutige Mitgliederversammlung erklärt sich nach dem Bericht des Delegierten Gustav Rißing mit seiner Vertretung in der Generalversammlung einverstanden, bedauert aber, daß noch eine höhere Klasse eingeführt wird; sie verpflichtet sich, trotzdem mit aller Kraft für die weitere Verbreitung des Verbandes wie bis dato mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln einzutreten.“ Nach einem kräftigen Schlusswort des Delegierten, der bedauerte, daß zu wenig weibliche Mitglieder anwesend waren, wurde die Versammlung geschlossen.

**Goslar.** Am 9. Oktober fand in der alten Münze eine Mitgliederversammlung statt mit der Tagesordnung: 1. Abrechnung; 2. Wahl eines ersten Bevollmächtigten. Zum 1. Punkt erstattete der Kassierer Hartmann den Rassenbericht, welcher von der Versammlung für richtig anerkannt wurde. Zum 2. Punkt wurde Kollege Joh. Rohe als erster Bevollmächtigter gewählt. Dann entspann sich eine lebhafte Debatte über örtliche Angelegenheiten, welche aber im allgemeinen für die Mitglieder geregelt wurden. Ferner unterzog Kollege Midan die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Firma Wiza-Hamburg einer scharfen Kritik und stellte den Antrag, daß die Kollegen, welche hier in Arbeit zu treten gedenken, sich erst beim ersten Bevollmächtigten über die hiesigen Verhältnisse zu erkundigen haben. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Kollege Böcker erstattete den Kartellbericht und die Abrechnung von unserm Gewerkschaftsfest. Weitere Debatten hierüber fanden nicht statt und es erfolgte der Beschluß der Versammlung.

Am 12. d. Mts. sahen wir uns nun abermals veranlaßt, eine Mitgliederversammlung anzuberaumen mit der Tagesordnung: Die Entlassung des Kollegen Midan. Derselbe schilderte den Grund seiner Entlassung; dabei kam die Handlungsweise des Werksführers Lämmer wieder einmal zur Sprache. Kollege Midan führt die Gründe seiner Entlassung auf die Versammlung zurück, denn Herr Lämmer rühmte sich selbst damit, daß er alles wüßte, was in der Versammlung geschehen sei, wer zum ersten Bevollmächtigten gewählt wurde, wieviel Stimmen abgegeben wurden, ja sogar wieviel ungültige Zettel abgegeben waren, kurzum, den ganzen Versammlungsbericht wußte Meister Lämmer. Er rühmte sich sogar damit wie folgt: „Ich habe heute morgen kaum meine Hofe angehabt, da wußte ich schon alles.“ Kollege Midan sollte die Schuld haben, daß Kollege Rohe als erster Bevollmächtigter gewählt wurde. Kollegen, Ihr seht also, Meister Lämmer kümmert sich um Sachen, die ihm gar nichts angehen. Wir brauchen doch nicht etwa erst Herrn Lämmer zu fragen, wen wir als Bevollmächtigten wählen wollen. Und warum zeigt Meister Lämmer ein so großes Interesse in dieser Sache, will er den Bevollmächtigten etwa deshalb auf seiner Fabrik haben, damit er denselben stets am Gängelbande haben und ihm bei der kleinsten Gelegenheit seine Macht fühlen lassen kann? Wohlgerührt, Meister Lämmer, darüber bestimmen wir Mitglieder selbst. Die Versammlung sah sich veranlaßt, den Kollegen Midan als gemäßigter anzuerkennen, und zwar durch einstimmigen Beschluß, auch wurde ihm Rechtsschutz einstimmig gewährt, da derselbe ohne Kündigung entlassen wurde. Er hat

keine schriftlichen oder mündlichen Abmachungen im Arbeitsverhältnis getroffen. Kollegen und Kolleginnen! Ihr seht also, wozu die fortwährenden Zutragereien führen, und es wäre endlich an der Zeit, daß mit diesem erbärmlichen System gebrochen würde, damit endlich einmal bessere Zustände Platz greifen könnten, denn wir haben alle Ursache, einig zu sein, nur geschlossen sind wir eine Macht.

**Heilbronn.** Am Sonntag, den 15. Oktober, fand in Bödingen eine gut besuchte Mitgliederversammlung statt, in der Kollege Willemann-Stuttgart über die Verhandlungen der Leipziger Generalversammlung berichtete. Die anschließende Diskussion ließ zwar erkennen, daß die einschneidenden Änderungen des Statuts Befremden erweckten, doch verpflichteten sich die Anwesenden, nicht nur dem Verbande treu zu bleiben, sondern auch weiterhin für denselben zu agitieren. In einer einstimmig angenommenen Resolution kam dies zum Ausdruck.

**Minden i. W.** Am 14. Oktober fand in der Zentralthalle eine Mitgliederversammlung des Deutschen Tabakarbeiterverbandes statt mit der Tagesordnung: 1. Abrechnung; 2. Bericht von der Generalversammlung; 3. Verschiedenes. Zum 1. Punkt der Tagesordnung verlas der 2. Bevollmächtigte die Abrechnung des 3. Quartals. Nach dem Antrage der Kontrolleure wurde demselben Decharge erteilt. Zum 2. Punkt erstattete Kollege Effer den Bericht über die Leipziger Generalversammlung in längeren Ausführungen und schloß mit der Aufforderung, angesichts der großen Zahl unorganisierter Kollegen und Kolleginnen unverzüglich alles zu versuchen, die Organisation auch in die entlegenen Dörfer zu begründen. Der jetzige Augenblick sei sehr günstig, da durch die Steuerpläne der Regierung die Kollegen allerorts aufgerüttelt würden. Die Diskussion über die Beschlüsse der Generalversammlung wurde nach kurzer Aussprache bis zur nächsten Versammlung am 4. November vertagt. Am 23. Oktober soll eine öffentliche Tabakarbeiter- und Arbeiterinnenversammlung stattfinden behufs Stellungnahme zu den Steuerplänen der Regierung. Nachdem noch lokale Angelegenheiten erledigt waren, erfolgte Schluß der Versammlung.

**Niedersalzbrunn.** Zu den Arbeitsverhältnissen bei der Firma Urban in Bad Salzbrunn sei folgendes bemerkt: Hat Herr Urban keine Arbeiter, dann bezieht er dieselben gewöhnlich von Peterswaldau; die Leute kommen dann hierher gezogen, erhalten Umzugsgeld, müssen aber bald, um sich nicht immerfort kommandieren zu lassen, wieder (natürlich ohne Umzugsgeld) den Ort verlassen. So sollen im Sommer keine Fenster geöffnet werden, denn Frau Urban sagt, die Zigarren vertrocknen. Im Trockenraum, den Herr Urban voriges Jahr während des Streiks im Keller hat erbauen lassen, wird im ganzen Jahre wenig getrocknet, alles andre wird an Orten getrocknet, wo es nach bundesrätlicher Bestimmung nicht zulässig ist. Als in letzter Zeit zwei Widelmacher und ein Zigarrenmacher wieder die Arbeit niederlegten, verlangte Frau Urban die Kündigung, welche auch von den Arbeitern eingereicht wurde. Als aber die 14 Tage weg waren, gab sie der einen Widelmacherin, als sie die Karte verlangte, die Antwort: „Gehen Sie weg, sonst kriegen Sie ein paar Ohrfeigen.“ Der andere Widelmacherin aber wollte sie 2 Mark vom Lohn wegen schlecht gelieferter Witzel abziehen. Vormittags hatte Frau Urban die Arbeit noch gelobt, als aber nachmittags die Widelmacherin kündigte, war sofort die Arbeit schlecht; die Widelmacherin bekam auch, weil sie sich den Abzug nicht wollte gefallen lassen, den Lohn gar nicht heraus, sondern erst nach acht Tagen, wo ihr doch noch 50 Pfg. in Abzug gebracht worden sind. Auch sagt Frau Urban: „Wir hätten überhaupt nicht nötig, arbeiten zu lassen, da verkaufen wir wieder mal ein Pferd und da geht es auch.“ Also, wer te Kollegen und Kolleginnen, es liegt in Eurem eignen Interesse, den Ort zu verlassen. Erst dann, wenn obige Firma keine Arbeiter mehr bekommen wird, werden andre Zustände dort eintreten.

**Reinheim (Hessen).** Am 15. Oktober fand eine Tabakarbeiterversammlung in König im Obenwald statt. Das Referat hatte Kollege R. Obert-Mannheim übernommen; Redner verstand es, den Kollegen vor Augen zu führen, wie sie vom Kapitalismus bedrückt und ausgebeutet werden auf dem flachen Lande. Wird in der Stadt ein Lohnkampf geführt von seiten der Kollegen, so müssen diese vom Fabrikanten hören, dann lege ich meine Fabrik auf das Land hinaus, da bekomme ich billiger gearbeitet, und so kommen die Zigarrenfabriken auf das Land. Lehrlinge werden angezogen und die Zigarrenmacher werden immer mehr verdrängt aus der Stadt. Auch kam Redner auf die Tabaksteuer zu sprechen. Danach ergriff Kollege P. Dychalla-Reinheim das Wort und schilderte die Lohnverhältnisse in Süddeutschland gegen die norddeutschen Verhältnisse; gerade hier in König fabriziere Böhling u. Mühle-Hamburg, welche Firma knapp die Hälfte der Löhne zahlt als in Hamburg. Hier wird Handarbeit schon für 7,50 Mark gemacht, natürlich mit Witzel; das sei eine Schande, den Arbeitern solche Löhne zu zahlen. Da sei es Zeit, daß sich die Kollegen aufrufen und sich dem Deutschen Tabakarbeiterverband anschließen, der helfend eintreten könne. Danach meldeten sich neun Kollegen zur Aufnahme in den Verband; eine Zahlstelle wurde gegründet. Möge das nun überall unter den Kollegen aufklärend wirken, damit Mann für Mann sich dem Verband anschließen.

**Sprungstadt.** Am Sonntag, 8. Oktober, fand im Lokale des Herrn Adam Oberhaus eine Mitgliederversammlung statt, die nur mäßig besucht war. Die Tagesordnung lautete: 1. Abrechnung vom 3. Quartal 1905; 2. Bericht des Vorstandes und Neuwahl; 3. Bericht der Kartelldelegierten und Neuwahl; 4. Verschiedenes. Aus der Abrechnung ging hervor, daß die Mitgliederzahl auf 100 gestiegen ist. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von 57,77 Mark, der eine Ausgabe von 27 Mark gegenüberstand. Als Vorstandsmitglieder wurden gewählt Georg Raab als erster, Karl Böhmer als zweiter und Christian Stad als dritter Bevollmächtigter. Als Kontrolleure wurden die Kollegen Peter Engelhard, Philipp Koch und Jakob Silber gewählt. Am 3. Punkt erstattete Kollege Raab als Kartellvorsitzender einen klaren Bericht über die Tätigkeit des Kartells. Als Delegierte wurden gewählt die Kollegen Karl Böhmer, Jakob Hoffenbach und Jakob Silber. Allgemein wurde der Wunsch geäußert, Berichte über Versammlungen und örtliche Angelegenheiten im Tabakarbeiter zu veröffentlichen und wurde hierzu Kollege Christian Stad beauftragt.

**Pölzig (S.-A.).** In Pölzig (S.-A.) hielt die Zahlstelle des Tabakarbeiterverbandes ihr Stiftungsfest ab, das sehr zahlreich besucht war und dem auch liebe Gäste aus Gera, Altenburg und Ronneburg beiwohnten. In der Pölziger Zigarrenindustrie spielt die Heimarbeit die größte Rolle, und fast in jedem Hause sitzen drei bis vier Frauen und Mädchen und fronden für taren Lohn und unter ganz ungunstigen Bedingungen. Erfreulicherweise ist die

große Hälfte der Heimarbeiterinnen organisiert. In Anbetracht dieser Umstände war es ein glücklicher Gedanke, eine Frau mit der Festrede zu betrauen. Genossin Wackwitz wendete sich mit zündenden Ausführungen an die Festversammlung, und ihre Worte haben sicherlich dazu beigetragen, das Band der Solidarität fester um die Anwesenden zu schlingen und sie in Treue an die Organisation zu fesseln. Selma Bergiebel.

**Zeit.** Am Montag, den 9. Oktober, hielt die hiesige Zahlstelle ihre Monatsversammlung im Vereinslokal Kämpfers Restaurant ab. In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung war der Besuch leider sehr schwach zu nennen. Man nahm Kenntnis von der Abrechnung und ist besonders daraus hervorzuheben, daß der Mitgliederbestand stetig gewachsen ist; sind doch von 120 Tabakarbeitern insgesamt am Orte ungefähr 90 Mitglieder des Deutschen Tabakarbeiterverbandes. Aber Kollegen und Kolleginnen, auch die noch Fehlenden müssen herangezogen werden. Alsdann gab Kollege Singer einen ausführlichen Bericht vom Gewerkschaftskartell. Redner ging auch recht ausführlich auf die Lokalfrage ein und erinnerte eindringlich die Kollegen und Kolleginnen daran, daß der Preußische Hof zu Veranstaltungen für uns nicht zu haben ist. Jeder organisierte Arbeiter, welcher das nicht berücksichtigt, begehe eine Pflichtverletzung an der Arbeiterbewegung. Die Differenzen zwischen zwei Kollegen aus voriger Versammlung wurden dahin erledigt, daß die Beleidigungen zurückgenommen wurden. Kollege Karl Morow wurde als Kontrolleur gewählt. Unter Verschiedenes wurde die Anregung laut, wieder einmal ein Vergnügen abzuhalten und einigte man sich dahin, Sonnabend, den 28. Oktober, auf der Wilhelmshöhe einen Ball stattfinden zu lassen. Es ist nun Pflicht aller Kollegen und Kolleginnen, an der Veranstaltung teilzunehmen, soll es doch ein Fest für Arbeiter werden. Auch die Einigkeit wird dadurch gefördert. Zum Schluß der Versammlung forderte der Vorsitzende auf, dafür zu sorgen, daß die künftigen Versammlungen besser besucht werden als bisher; auch ging er auf die Lohnbewegung der Holzarbeiter ein, wie diese durch ihre Einigkeit und Entschlossenheit ohne Arbeitsniederlegung bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen sich geschaffen haben. Gehören doch die Tabakarbeiter zu den schlechtest entlohnten Arbeitern am Orte; schlechte Löhne und noch dazu schlechtes Material sind die Bedingungen, in welche wir uns fügen müssen. Darum auf, besuche eure Versammlungen! Schon wieder droht uns eine Gefahr, wodurch unsre an und für sich traurige Lage noch bedeutend verschlechtert werden soll: dies ist die kommende Vorlage der Regierung auf Erhöhung der Tabaksteuer. Unfre Parole muß heißen: Alle für einen und einer für alle!

## Für Raucher

dürfte eine kürzlich gefällte Gerichtsentscheidung von Interesse sein, welche Rechtsanwält Dr. Lubszynski in der Monatschrift Unlauterer Wettbewerb mitteilt. Dem Inhaber einer Partiewarenhandlung war vom Amtsgericht verboten worden, in öffentlichen Anpreisungen seine Zigarren — 100 Stück für 2,50 Mk. — als „Havanna-Schub“ zu bezeichnen. Das Berufungsgericht hat indes entschieden, daß jene Anpreisung nicht geeignet sei, den Anschein eines besonders günstigen Angebots hervorzurufen, und demzufolge die Klage des Schutzbewerbers gegen unlauteren Wettbewerb abgewiesen. Der Sachverständige hatte erklärt, daß es in vielen Geschäften üblich sei — Dreipfennig-Zigarren als „Havanna-Schub“ zu verkaufen! In der Urteilsbegründung heißt es u. a.: „Ein Raucher, der Zigarren zu 2,50 Mk. oder 3 Mk. das Hundert kauft, weiß ganz genau, daß in diesen Zigarren kein Havannatabak, überhaupt kein besserer, überreicher Tabak, sondern in der Hauptsache inländischer Tabak enthalten ist; derselbe wird auch, wenn er solche Zigarren nicht in einem Zigarrengeschäft, sondern in einer Partiewarenhandlung kauft, keine bessere Qualität erwarten.“ Es komme ihm nur darauf an, eine preiswerte Zigarre zu erhalten, und das sei die vorliegende; daß der Käufer durch die Anpreisung in einen falschen Glauben versetzt werden konnte, sei nicht nachweisbar usw. Rechtsanwält Dr. Lubszynski bemerkt hierzu: „Wollte man diese Sache verallgemeinern, so müßte man zu der Konsequenz gelangen, daß gerade die größten Unwahrheiten der Verfolgung entzogen bleiben, weil sie vom verständigen Publikum am wenigsten geglaubt werden. Dann könnte man auch „Talmi“ als Gold bezeichnen, denn auch hierbei müßte sich ja das verständige Publikum sagen, daß echte Sachen für einen so geringen Preis nicht zu haben seien! Im Großhandel bezeichnet man als Havannazigarren keineswegs solche Zigarren, die ausschließlich aus Havannatabak angefertigt sind. Unerläßliche Bedingung ist nur, daß das Deckblatt aus Havanna besteht; des leichteren Brandes wegen wird die Einlage zumeist mit andern überseeischen Tabaken gemischt. In Detailgeschäften jedoch wird dieser Grundsatz selten beobachtet. Weltbekannte Firmen verkaufen zu Preisen, für die sich sehr wohl auch eine Havannazigarre herstellen ließe, ungeachtet Zigarren mit Sumatradeckblatt. Tabakkenntnis sind auch unter Gewohnheitsrauchern verhältnismäßig wenig verbreitet; macht aber ein Kenner den Verkäufer auf die Irreführung aufmerksam, so hat dies kaum einen Zweck, da der Mann fast nie Fachkenntnis besitzt und beleidigt tut, wenn seine berühmte Firma einer unreeellen Handlung bezichtigt wird. In dieser Hinsicht wäre manchem Zigarrenfabrikanten etwas mehr Gewissenhaftigkeit anzuraten.“

Allen Beschwerdeführern über unpünktliche Zustellung des Tabak-Arbeiters zur Nachricht, daß die Verzögerungen größtenteils darauf zurückzuführen sind, daß Unbestellungen etc. zu spät in unsere Hände gelangen. Wir bitten daher die Bevollmächtigten, alle auf den Versand bezüglichen Mitteilungen uns bis spätestens **Mittwoch mittag** zugehen lassen zu wollen, damit dieselben zu der **Sonntags-Nummer** berücksichtigt werden können. Die Expedition.

## Kollegen! Agitiert für eure Organisation!

**Sumatra**  
hell, tabelloser Brand, größte Deckkraft, per Pfd. nur 3 Mk.; prima Losblatt per Pfd. 85 Pfg.; hochfeinen St. Felix-Brasil nur 95 Pfg. per Pfd. empfiehlt  
**Carl Roland, Berlin SO.**  
Kottbuser Strasse 3a.  
Die Herren Bevollmächtigten, in deren Bereich sich Aug. Schall aus Glatz befindet, werden um seine Adresse wegen Todesfall ersucht. Bortz wird vergütet.  
Max Samsel, Glatz, Niederstr. 16.

**Kaufmann & Co.**  
Rohtabakhandlung  
Bremen.  
Wir ersuchen den Zigarrenarbeiter Gerhard Baasen aus Goch wegen wichtiger Angelegenheit seine Adresse an den ersten Bevollmächtigten Joh. Rohe in Goslar a. S., Bäderstraße 86, kommen zu lassen. Die Bevollmächtigten wollen denselben hierauf aufmerksam machen, da es sich um Verbandsangelegenheiten handelt.

**Deli-Sumatra-Decke.** 1. Länge, unter 1½ Pfund deken, schneeweißer Brand, anstatt 3 Mk., jetzt 2,10 Mk. per Pfund verzollt. Probenvon 5 Pfd. an per Nachnahme.  
**O. Hartwig**  
Rochohl a. d. holl. Grenze.  
Unserm 2. Bevollmächtigten Albert Schulz nebst Frau senden zu ihrer am Montag, den 16. Oktober, stattgefundenen Silbernen Hochzeit die herzlichsten Glückwünsche  
Zahlstelle Bielefeld.

Um die Adressen der Kollegen **Heinr. Schröder** aus Halberstadt und **Wilhelm Kaiser** aus Berlin ersucht dringend der erste Bevollmächtigte **Ferd. Salzwedel, Wernigerode, Baderstraße 16.** Die Bevollmächtigten, in deren Bereich sich Genannte befinden, wollen selbige hierauf aufmerksam machen, event. selbst die Adressen einfinden.  
**Codes-Anzeige.**  
Am 13. Oktober verschied nach langem Leiden unter langjähriges Mitgeliebten **Julius Wanderscheck** im Alter von 51 Jahren.  
Leicht sei ihm die Erde!  
Die Mitglieder der Zahlstelle Gahnan.

**Briefkasten.**  
Vertragsunterlagen müssen gestempelt sein. — Andere Inzerate sind vorher zu bezahlen. Bei Einfindung der Beiträge ist stets die Nummer des Blattes mit anzugeben.  
**J. N., Goslar a. S.,** 90 Pfg. — **M. S., Glatz,** 50 Pfg. — **F. S., Wernigerode,** 90 Pfg. — **Zahlstelle Bielefeld** 60 Pfg.  
**Extrabeilage dieser Nummer:**  
Von der Firma Brinkmeier & Co., Rohtabak-Handlung, Bremen, ein Prospekt in der Gesamtauflage.